

LTW 3 Landtagswahlprogramm

Antragsteller*in: Landesvorstand
Beschlussdatum: 24.10.2016
Thema: Landtagswahlprogramm
Status: Modifiziert

LTW-Programm - GERECHT

2. GERECHT

Teilhabe und Gerechtigkeit / Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern, wollen wir allen Menschen echte Chancen geben

Alle Menschen sollen selbstbestimmt leben können. Diese Maxime leitet uns GRÜNE auch in vielen lebenspraktischen Fragen und gibt uns den Kurs für die Gestaltung der Zukunft vor: mehr Gerechtigkeit, mehr Entfaltungsmöglichkeiten, mehr Geborgenheit im Zusammenleben. Wir treten dafür ein, dass kein Mensch auf Grund von Einkommen, Herkunft, Religion, Geschlecht oder sexueller Identität ausgegrenzt und allein gelassen wird. Grundlage dafür sind starke öffentliche Institutionen in der Bildung, in der sozialen Hilfe und im Gesundheitsbereich. Die Verwirklichung einer gerechten Gesellschaft braucht eine menschennahe Finanzpolitik, eine Bildungspolitik, die Teilhabe für alle ermöglicht, soziale Absicherung und förderliche Rahmenbedingungen für Familien. So wird unser Wohlergehen gewährleistet und die Gesellschaft zusammengehalten. Ohne sozialen Frieden kann es auch keine Sicherheit geben.

Starke Familien brauchen gute Rahmenbedingungen

Familie ist, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Unsere Wertschätzung und Unterstützung gilt allen partnerschaftlichen Beziehungen, ganz gleich ob Vater-Mutter-Kind, Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilien.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht im Zentrum unserer Familienpolitik. Wir setzen uns für eine bessere und verlässliche Kinderbetreuung ein.

Die Situation von Alleinerziehenden werden wir verbessern und die gute Zusammenarbeit mit dem Verband Alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) intensivieren.

Familienzentren ausbauen

Den Ausbau der Familienzentren wollen wir weiter vorantreiben. Unser Ziel ist ein flächendeckendes Angebot. In Familienzentren erhalten Kinder, Eltern und Familien niedrigschwellige Unterstützung, Beratung und Förderung. Gemeinsam mit Trägern und Kommunen werden wir diese familienunterstützenden Angebote stärken und sie mit sozialräumlichen Strukturen (z.B. Jugendhilfe, Schule etc.) verbinden und weiterentwickeln, denn: Für die Erziehung eines Kindes braucht es ein ganzes Dorf.

Zeit für die Familie haben

36 Wir werden uns für familienfreundliche, moderne und flexible Arbeitszeitmodelle und
 37 mehr zeitliche Selbstbestimmung für Familien einsetzen und diese Ziele auch im
 38 öffentlichen Dienst umsetzen. So können Frauen und Männer ihren Wunsch nach
 39 partnerschaftlicher Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit leben, Kinder oder
 40 pflegebedürftige Angehörige versorgen.

41 **Kinderrechte stärken – Kinder- und Jugendbeteiligung voranbringen**

42 Wir sprechen uns für eine wachsende politische Beteiligung von Kindern und
 43 Jugendlichen und ihre frühe Einbindung in demokratische Entscheidungen aus.

44 Schleswig-Holstein ist Vorreiter bei der Verankerung von Kinder- und Jugendrechten.
 45 Wir setzen uns für Chancengleichheit, Teilhabe und Mitbestimmung von Kindern und
 46 Jugendlichen ein und wirken darauf hin, dass die Kommunen im Rahmen des Paragraphen
 47 47f Gemeindeordnung die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen umsetzen und neue
 48 Beteiligungsmodelle im Alltag der Kinder und Jugendlichen integrieren. Hierfür
 49 werden wir eine Informationskampagne mit Best-Practise-Beispielen starten.

50 Wir GRÜNE pochen auf ein Verbandsklagerecht für Kinder- und Jugendverbände.

51 **Frühe Hilfen: Kindeswohl und Kinderschutz sichern**

52 Wir wollen für ein intensives Leben mit Kindern sorgen und damit für mehr
 53 Lebensqualität, die allen zugute kommt. Kinder und Jugendliche sollen gesund und
 54 gewaltfrei aufwachsen und die notwendige Förderung erhalten. Familienunterstützende
 55 Beratungs- und Hilfsangebote – wie in den Familienzentren – können einen wichtigen
 56 Beitrag leisten.

57 Wir fördern einen bedarfsgerechten Ausbau der frühen Hilfen, um Kindeswohl und
 58 Kindergesundheit zu schützen.

59 Das Netzwerk von Familienhebammen wollen wir wie in Dänemark für die Betreuung im
 60 ersten Lebensjahr ausbauen und die wichtige Arbeit des Kinderschutzbundes und der
 61 Kinderschutzzentren weiterhin unterstützen.

62 Für Kinder und Jugendliche, die nicht in ihren Herkunftsfamilien aufwachsen können,
 63 gehen wir den Aufbau regionaler Ombudsstellen in erreichbarer Nähe an.

64 **Kinder- und Jugendhilfe reformieren**

65 In der Kinder- und Jugendhilfe werden wir uns für bessere Rahmenbedingungen bei der
 66 Sozialraumorientierung engagieren.

67 Für uns ist die Kinder- und Jugendhilfe ein zentrales Unterstützungssystem, das
 68 Familien bei der Bewältigung von Krisen und schwierigen Lebenssituationen auf
 69 Augenhöhe beratend und unterstützend zur Seite steht.

70 Zum Wohl von minderjährigen Geflüchteten sowie Familien mit Kindern muss es bessere
 71 und präventive Konzepte der Jugendhilfe geben. Sie dürfen nicht durch alle
 72 rechtlichen und sozialen Netze fallen. Die Unterstützung endet nicht mit dem
 73 Erreichen der Volljährigkeit.

74 **Jugendverbände und Jugendfreiwilligendienst unterstützen**

75 Die Jugendverbände leisten wertvolle Arbeit für alle Jugendlichen. Die Arbeit des
 76 Landesjugendringes und die Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit werden wir
 77 weiter unterstützen.

78 Das „Freiwillige Soziale Jahr“ ist bei jungen Menschen sehr beliebt und erfährt
79 hohe Akzeptanz. Die Förderung werden wir fortsetzen und prüfen, ob wir die
80 Jugendfreiwilligendienste ausbauen können.

81 **Kinderarmut bekämpfen**

82 Viele Kinder in Schleswig-Holstein wachsen in Armut auf. Wir akzeptieren nicht,
83 wenn Kinder aus finanziellen Gründen von sozialer und kultureller Teilhabe, Sport,
84 Ferienangeboten, Klassenfahrten, Essen in Schulen sowie Kitas ausgeschlossen sind.

85 Unser Ziel ist die Bekämpfung der Kinderarmut – auch durch die weitreichende
86 Unterstützung der Eltern und auf Bundesebene durch die Einführung einer
87 armutsfesten Kindergrundsicherung.

88 **Soziale Infrastruktur stärken**

89 Zentrales Anliegen von uns GRÜNEN ist es, dass alle Menschen die gleichen Chancen
90 haben und jede*r Unterstützung findet, die oder der Hilfe benötigt. Wir können
91 nicht einfach hinnehmen, dass viele Menschen unter Armut leiden und keine Chancen
92 haben aufzusteigen, während andere große Vermögen besitzen, ohne einen
93 entsprechenden Beitrag für unsere Gemeinschaft zu leisten. Unser gesellschaftlicher
94 Zusammenhalt ist auf eine funktionierende soziale Infrastruktur und Hilfe in allen
95 Lebenslagen gegründet.

96 Besonders Altersarmut und Langzeitarbeitslosigkeit sind sozialer Sprengstoff.
97 Ausreichend hohe Löhne und Gehälter sind die Basis für die Vermeidung von Armut.
98 Zur Bekämpfung der Altersarmut werden wir uns auf Bundesebene für eine armutsfeste
99 Garantierente einsetzen.

100 Die Sanktionen gegenüber Hartz IV-Bezieher*innen sind wirkungslos und
101 diskriminierend. Wir fordern deshalb auf Bundesebene ein Sanktionsmoratorium
102 (Aussetzen der Bestrafung) und eine Reform der Grundsicherung. Wir werden uns auf
103 Bundesebene für ein wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt zum bedingungslosen
104 Grundeinkommen einsetzen.

105 Die sozialen Einrichtungen und Verbände sind ein unverzichtbarer Bestandteil der
106 sozialen Infrastruktur. Ihre Arbeit unterstützen wir weiterhin und werden sie
107 gesetzlich in einem Landes-Wohlfahrtsgesetz absichern. Die gute Zusammenarbeit mit
108 der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten und dem Beauftragten für
109 Menschen mit Behinderung setzen wir fort.

110 **Bessere Inklusion für Menschen mit Behinderung ermöglichen**

111 Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, die Teilhaberechte von Menschen mit
112 Behinderung sichert. Dazu gehört auch, dass wir die Selbstorganisation und direkte
113 Beteiligung von Menschen mit Behinderung in den Kommunen und im Land stärken.
114 Kommunale Beauftragte oder Beiräte für Menschen mit Behinderung können da einen
115 wichtigen Beitrag leisten. Den Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-
116 Behindertenrechtskonvention und das Gesamtkonzept „Alle Inklusive“ wollen wir
117 fortführen.

118 Wir setzen uns für Hilfen aus einer Hand und transparente individuelle
119 Hilfeplanverfahren auf Grundlage einer bundesweit einheitlichen
120 Hilfebedarfserhebung ein. Ein „Leben Daheim anstatt im Heim“ muss möglich sein.

121 Die sozialräumliche Ausgestaltung von Angeboten der Eingliederungshilfe sind
122 auszubauen. Wir unterstützen die Kreise und kreisfreien Städte bei der Entwicklung
123 von Konzepten, die den Trägern und Verbänden eine flexible Mittelverwendung z.B.

124 zur Schaffung Offener Treffs ermöglichen. So können Zugangsschwellen abgesenkt und
125 Angebote unbürokratisch wahrgenommen werden. Die Erfahrungen des Modellprojekts im
126 Kreis Nordfriesland und der Ambulanten Sozialpsychiatrie in Hamburg liefern
127 wichtige Grundlagen.

128 Auf Bundesebene setzen wir uns für ein modernes Bundesteilhabegesetz ein, um eine
129 selbstbestimmte Teilhabe für alle zu ermöglichen. Hierzu gehören einheitliche
130 Qualitätsstandards. Die UN-Behindertenrechtskonvention muss konsequent umgesetzt
131 werden. Wir fordern daher auf Bundesebene ein bedarfsdeckendes Teilhabegeld, die
132 Abschaffung des Mehrkostenvorbehalts und den Verzicht auf den Einsatz des
133 Vermögens.

134 Bildungs- und Kulturangebote müssen der Inklusion gerecht werden. Wir werden uns
135 stark machen, die Förderprogramme des Landes darauf auszurichten. Gemeinsame
136 Angebote für Menschen mit und ohne Behinderung in den Bereichen Theater, Sport und
137 Musik müssen selbstverständlich werden.

138 **Selbstbestimmtes Leben im Alter leicht machen**

139 Die Bedürfnisse der älteren Generation werden vielfältiger. Viele Ältere ziehen
140 dauerhaft nach Schleswig-Holstein. Um allen ein selbstbestimmtes Leben zu
141 ermöglichen, sollen auch bestehende Förderprogramme für den ländlichen Raum genutzt
142 werden. Wir werden neue Formen des Zusammenlebens, z.B. im Rahmen von
143 Genossenschaftsprojekten unterstützen. Menschen, die aus dem Erwerbsleben
144 ausgeschieden sind, bereichern unsere Gesellschaft durch ehrenamtliches Engagement,
145 Lebenserfahrung und unkonventionelle Ideen.

146 **Dem demografischen Wandel und den Generationen gerecht werden**

147 Der demografische Wandel ist eine Herausforderung für unsere Gesellschaft. Wir
148 wollen in den kommenden Jahren die Weichen stellen, um Generationengerechtigkeit
149 und Lebensqualität erhalten und sichern zu können.

150 So werden wir einen Masterplan Demografie auf den Weg bringen, der die Absicherung
151 der Daseinsvorsorge und der sozialen Infrastruktur ins Zentrum stellt. Bei diesem
152 Projekt soll die Sozialraumplanung berücksichtigt und ein „Demografie-Check“
153 eingeführt werden. Schleswig-Holstein – für alle Generationen attraktiv machen!

154 **EU Charta für Gleichberechtigung und Vielfalt umsetzen**

155 Zu unserer Agenda gehört es, die Inhalte der EU-Charta für Gleichberechtigung und
156 Vielfalt zu vermitteln und umzusetzen. Wir drängen auf die gleichberechtigte
157 Teilhabe, Stärkung und Unterstützung von Frauen auf den Arbeitsmarkt durch
158 wirkungsvolle Maßnahmen und Angebote.

159 Der Einsatz von Haushaltsmitteln hat eine geschlechterspezifische Wirkung bei
160 Förderprojekten zu berücksichtigen. Dem wollen wir zukünftig verstärkt gerecht
161 werden.

162 **Zuflucht und Hilfe für Frauen und Mädchen vor Gewalt ermöglichen**

163 Der Schutz vor Gewalt ist ein Menschenrecht. Die Prävention von Gewalt ist eine
164 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Für Frauen und Mädchen, die Opfer von Gewalt
165 werden, ist eine gute Infrastruktur aus Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen
166 erforderlich.

167 Wir haben die Schließung von Frauenhäusern verhindert und den Neubau des
168 Frauenhauses in Norderstedt unterstützt. Nachdrücklich geben wir den Kommunen bei

169 Bauvorhaben und Renovierungen Rückendeckung. Wir werden die
 170 Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der Frauenhäuser, das Mädchenhaus in Kiel und die
 171 LAG der Frauenberatungsstellen auch weiterhin unterstützen, bei den
 172 Landeszuschüssen steigende Tarifkosten berücksichtigen und Investitionsmaßnahmen
 173 zur Energieeffizienz von Frauenhäusern fördern. Wir werden die besondere Situation
 174 der Mädchen und Frauen, die aus anderen Nationen zu uns geflohen sind, im Rahmen
 175 der Gewaltschutzkonzepte berücksichtigen.

176 Dabei prüfen wir ein ehegattenunabhängiges Aufenthaltsrecht für Frauen, die von
 177 häuslicher Gewalt betroffen sind. Es ist unsere Aufgabe, verbindliche Schulungen
 178 zum Thema Gleichstellung und Frauenrechte für weibliche und männliche Flüchtlinge
 179 auf den Weg zu bringen.

180 Weiterhin setzen wir uns für die Bekämpfung des Frauenhandels ein und unterstützen
 181 die gute Arbeit der Beratungsstelle.

182 **Gleichstellung auch in den Parlamenten voranbringen**

183 Wir fordern ausreichende organisatorische und finanzielle Ressourcen für die
 184 Gleichstellungsbeauftragten und wollen den Frauenanteil in den Parlamenten erhöhen.
 185 Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist auf allen politischen Ebenen weiter
 186 voranzubringen und ein paritätisches Wahlrecht einzuführen.

187 **Das Ehrenamt würdigen und belohnen**

188 Schleswig-Holstein ist das Land der helfenden Hände. Dies ist nicht erst durch die
 189 Flüchtlingskrise klar geworden. Das Ehrenamt ist ein unersetzliches Bindemittel für
 190 den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ob in der Kommunalpolitik, beim Bürgerbus, im
 191 Natur- und Tierschutz, bei der Freiwilligen Feuerwehr oder in zahllosen Vereinen –
 192 viele Menschen packen im Land freiwillig an und füllen manche Lücke in der
 193 Versorgung. Wir GRÜNE machen uns für die Belange der Ehrenamtlichen stark.

194 Wir wollen die Ehrenamtskarte, deren Angebote die Küstenkoalition ausgeweitet hat,
 195 bekannter machen, damit viele Menschen im Land davon profitieren können. Die Karte
 196 ist ein Zeichen des Dankes an alle Ehrenamtler*innen. Sie ermöglicht zahlreiche
 197 Vergünstigungen, etwa bei Theatern, in Restaurants oder Museen. Wir wollen den
 198 Zugang vereinfachen und die Angebote auch außerhalb der Kiel Region ausbauen.

199 Die freiwillige Arbeit junger Menschen gilt es zu honorieren, wo wir es können, und
 200 dafür zu werben, dass ehrenamtliches Engagement zum Beispiel bei der Vergabe von
 201 Ausbildungs- oder Studienplätzen berücksichtigt wird.

202 Auch in der Schule muss ehrenamtliches Engagement gefördert werden. Die Schulen
 203 sind zu ermuntern, den Schüler*innen die Möglichkeiten und Vorteile eines
 204 Ehrenamtes näher zu bringen und in Projekttag und -wochen zu integrieren.

205 Hauptamt braucht Ehrenamt und umgekehrt. Wir wünschen uns eine bessere
 206 Koordinierung von Ehrenamtler*innen vor allem auf kommunaler Ebene durch zentrale
 207 Anlaufstellen.

208 Die Arbeit der Freiwilligen braucht auch professionelle Unterstützung. Angebote zur
 209 Fortbildung, Beratung und Supervision sind zu fördern. Wer unbezahlt für die
 210 Gesellschaft arbeitet, soll nicht noch selbst für Fortbildung, Fahrtkosten etc.
 211 aufkommen müssen.

212 Darüber hinaus werden wir auf Bundesebene prüfen, ob durch ehrenamtliche Tätigkeit
 213 auch zusätzliche Rentenpunkte zu erwerben sind.

214 **Soziales@Digital**

215 Die Digitalisierung eröffnet neue Chance für die Vereinbarkeit von Familie und
 216 Beruf. Wenn Unternehmen und öffentliche Einrichtungen ihren Mitarbeiter*innen
 217 erlauben, einen Teil der Arbeit außerhalb des Betriebs zu verrichten, erhöhen wir
 218 die Flexibilität für eine bessere Life-Balance.

219 Eine möglichst umfassende Barrierefreiheit muss selbstverständlich für öffentliche,
 220 privat-wirtschaftliche und private Angebote im Internet werden.

221 **Auf den Punkt**

- 222 • *Wir werden* Alleinerziehende besser unterstützen, Kinderrechte stärken und
 223 Kinderarmut bekämpfen,
- 224 • Frühe Hilfen ausbauen, Familienhebammen und Familienzentren fördern,
- 225 • Inklusion von Menschen mit Behinderung weiter voranbringen und
 226 Barrierefreiheit verbessern,
- 227 • ein selbstbestimmtes Leben für Senioren unterstützen und einen Masterplan
 228 Demografie aufstellen,
- 229 • Frauenhäuser und –beratungsstellen, Kinderschutzzentren und das Mädchenhaus
 230 fördern,
- 231 • die EU-Charta für Gleichberechtigung und Vielfalt auf den Weg bringen,
- 232 • die Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen politischen Ebenen weiter
 233 entwickeln und ein paritätisches Wahlrecht einführen,
- 234 • ehrenamtliches Engagement unterstützen und honorieren.

235 **Bezahlbarer Wohnraum / In gemeinsamer Verantwortung Wohnraum** 236 **planen, klimafreundlich und zum Wohl Aller bauen**

237
 238 Stark gestiegene Mieten und Immobilienpreise haben dazu geführt, dass es für
 239 Menschen mit kleinen Einkommen und junge Familien schwerer wird im Hamburger Rand
 240 und in den kreisfreien Städten bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wohnen ist ein
 241 Grundbedürfnis. Deswegen fördern wir als Land den sozialen Wohnungsbau und erwarten
 242 vom Bund, dass er sich an einem bedarfsgerechten Ausbau angemessen beteiligt.

243 **In den Kommunen soll sozialer Wohnungsbau zu einer zentralen Aufgabe werden**

244 Wir brauchen geförderten sozialen Wohnungsbau. Die Kommunen spielen hierbei eine
 245 tragende Rolle. In ihren Händen liegt die Bauleitplanung, sie sind mit den
 246 Bedürfnissen der Menschen vertraut. Deshalb wollen wir die Kommunen bestärken,
 247 Wohnraumplanung zur Chef*innensache in den Rathäusern zu machen. Dabei hilft ein
 248 enger Austausch mit der Landesregierung und der I-Bank. Hier wollen wir für mehr
 249 Beratung und Unterstützung sorgen.

250 **Neue Wege zu günstigen Baugrundstücken ebnen**

251 Ein großes Problem für die Schaffung bezahlbarer Wohnungen sind die hohen
 252 Grundstückspreise im Hamburger Rand, auf den Inseln und in etlichen Städten.
 253 Bauland wird oftmals im Höchstpreisverfahren vergeben. Wir begrüßen die
 254 vorbildlichen Ansätze in Lübeck (Verbilligungsrichtlinie, Preisrabatt für

255 städtische Grundstücke) und Norderstedt (Drittelmix: sozialer Wohnungsbau,
 256 Eigentumswohnung und Mietwohnung zu gleichen Teilen). Die Konzeptvergabe in Hamburg
 257 führt dazu, dass Flächen nur an Investor*innen vergeben werden, deren Bauvorhaben
 258 sozial überzeugen. Für diese Beispiele werben wir.

259 **Integrierte Stadtentwicklungskonzepte helfen planen**

260 Neubau und Verdichtung führt auch zur Versiegelung von Flächen, steht in Konkurrenz
 261 zum Umweltschutz und geht oft zu Lasten von Stadtgrün. Um den Flächenverbrauch
 262 möglichst klein zu halten, setzen wir bei der Schaffung neuen Wohnraums nicht
 263 allein auf Neubau, sondern auch auf Modernisierung, Bestandsverdichtung,
 264 Aktivierung von Leerständen, Geschossaufstockung, Wohnungstausch und Initiativen
 265 wie "Wohnen für Hilfe". Ein Baulückenkataster sollte in jeder größeren Gemeinde
 266 angelegt werden.

267 In der Regel entsteht durch mehr Wohnungen auch mehr Verkehr. Deswegen werden wir
 268 integrierte Stadtentwicklungskonzepte fördern, die den ÖPNV einbeziehen und die
 269 verschiedenen Nutzungskonflikte in fairen Ausgleich bringen. Die Interessen aller
 270 Menschen, besonders von Kindern, sind zu berücksichtigen. Engagierte und
 271 rechtzeitige Bürgerbeteiligung ist Voraussetzung für die Akzeptanz von
 272 Baumaßnahmen.

273 Eine Absenkung der Standards darf nicht zu kurzlebiger Bausubstanz führen. Wir
 274 müssen verantwortungsvoll mit unseren Ressourcen umgehen und – nicht zuletzt
 275 angesichts der älter werdenden Gesellschaft – mehr barrierefreie Wohnungen
 276 schaffen. Es reicht nicht, günstig zu bauen, wir müssen auch auf eine gelungene
 277 Quartiersentwicklung achten. Soziale Nachhaltigkeit verhindert zudem die
 278 Entwicklung sozialer Brennpunkte. Wir GRÜNE setzen uns für eine inklusive und
 279 vielfältige Gesellschaft ein, in der jeder mit jedem Nachbar sein kann.

280 **Dem gemeinwohlorientierten Bauen gehört die Zukunft**

281 Gerade genossenschaftliches Bauen, gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft und
 282 insbesondere Baugemeinschaften setzen auf Gemeinschaft und können mit ihren
 283 innovativen Konzepten Impulse für eine soziale Stadtentwicklung geben. Ihre
 284 Projekte, die oftmals auch Mobilität und Energieversorgung vernetzen, sind
 285 zukunftsweisend. Baugemeinschaften haben unsere besondere Unterstützung.

286 Zur Unterstützung von Baugemeinschaften wollen wir – wie in Hamburg – eine zentrale
 287 Beratungs- und Vernetzungsstelle im Land aufbauen. Es ist zu prüfen, wie
 288 nachhaltige und gemeinwohlorientierte Projekte bei dringendem Bedarf und
 289 langjähriger Mietpreisbindung durch Zuschüsse unterstützt werden können, zusätzlich
 290 zu den bestehenden Förderprogrammen.

291 Wir begrüßen es, wenn Kommunen Wohnungsbaugesellschaften aufbauen.

292 **Auf den Punkt**

- 293 • *Wir werden* Kommunen für ihre Wohnraumplanung professionelle Beratung
 294 anbieten,
- 295 • dafür werben, dass Kommunen Baugrundstücke für gemeinwohlorientierte Projekte
 296 günstiger abgeben – wie etwa in Lübeck und Norderstedt,
- 297 • Städtebaumittel für integrierte Stadtentwicklungskonzepte einsetzen.

298 **Gesundheit und Pflege / Wir brauchen regionale**
299 **Gesundheitszentren und neue Modelle für eine gute Versorgung**

300

301 Gesundheit und Pflege gehören zu den Schlüsselthemen unseres Landes. Einen
302 gleichberechtigten Zugang zu Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sicherzustellen,
303 ist ein zentrales Anliegen grüner Politik.

304 Gleichzeitig ist der Gesundheitssektor einschließlich Pflege, Medizintechnik,
305 Wellness- und Reha-Einrichtungen der größte Wirtschaftszweig in Schleswig-Holstein
306 und stellt mit etwa 200.000 Beschäftigten jeden fünften Arbeitsplatz. Wir sehen
307 einen gut aufgestellten Gesundheitssektor als große Chance für die weitere
308 Entwicklung unseres Landes an. Von entscheidender Bedeutung ist es, den Bedarf an
309 Ärzt*innen und Pflegekräften für die Versorgung der Bevölkerung zu sichern.

310 **Prävention und Gesundheitsaufklärung unterstützen**

311 Prävention ist das beste Mittel gegen Erkrankungen. Hierzu gehören Konzepte zur
312 Vermeidung chronischer Erkrankungen, wie etwa Diabetes mellitus durch gesunde
313 Ernährung und ausreichende Bewegung sowie ein konsequenter Nichtraucherschutz. Wir
314 unterstützen Projekte für eine wirksamere Gesundheitsaufklärung.

315 **Medizinische Versorgung im ländlichen Raum verbessern**

316 Die Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum ist eine der
317 entscheidenden Aufgaben in den nächsten Jahren, besonders in einem Flächenland mit
318 Inseln und Halligen. Die ambulante und stationäre Versorgung muss verzahnt und die
319 sektorenübergreifende medizinische Versorgung verbessert werden.

320 Erfolgreich haben wir uns für die Realisierung des Zukunftsmodells Brunsbüttel
321 eingesetzt, wo bundesweit erstmalig ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung
322 unter einem Dach konzeptionell zusammengefügt und angeboten werden. Wir werden die
323 Umsetzung begleiten und überprüfen, wie sich dieses Modell auf andere Regionen
324 übertragen lässt, damit die medizinische Versorgung im ländlichen Raum
325 gewährleistet ist.

326 Um die Planung zu verbessern, werden wir regionale Gesundheitskonferenzen unter
327 Beteiligung von Patient*innen, Gesundheitsämtern, Krankenhäusern, niedergelassenen
328 Ärzt*innen, Vertreter*innen aller Gesundheitsberufe sowie der Kommunalpolitik
329 einrichten. Die Umsetzung könnte durch eine Landesgesellschaft erfolgen, die
330 Ergebnisse der regionalen Konferenzen auswertet, die Umsetzung begleitet und in
331 einem transparenten Verfahren die Bürger*innen über die eingeleiteten Schritte
332 informiert.

333 Kommunale Gesundheitszentren, medizinische Versorgungszentren und Zweigpraxen sind
334 weitere Bausteine zur Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum.

335 Wir unterstützen die Übertragung ärztlicher Aufgaben und den Einsatz von
336 Gemeindeschwestern und -pflegern.

337 Besonders für den ländlichen Raum bietet der Ausbau der Telemedizin Potenzial.

338 **Bessere Hygiene - Krankenhausinfektionen vermeiden**

339 Unser Ziel ist die Vermeidung von Krankenhausinfektionen. Wir wollen dafür sorgen,
340 dass Schleswig-Holstein bei dieser Frage eine Vorreiterrolle einnimmt.

341 So unterstützen wir den Bau einer spezialisierten Infektionsstation nach
342 niederländischem Modell in einem Schleswig-Holsteinischen Krankenhaus. Dieses

343 Modell werden wir wissenschaftlich begleiten und bei Erfolg ausbauen. Zu verbessern
344 ist der Personalschlüssel insbesondere auf den Intensivstationen, die
345 Hygienestandards sind fortlaufend zu erneuern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass
346 der Bund entsprechende Maßnahmen unterstützt.

347 **Mit einem Landeskrankenhausgesetz Bau und Finanzierung regeln**

348 Wir verfolgen das Ziel, alle gesetzlichen Regelungen zur Planung und Finanzierung
349 der Krankenhäuser in einem Landeskrankenhausgesetz zusammenzufassen.

350 Investitionen in den Krankenhausbau gilt es, weiter umzusetzen. Der Abbau des
351 Sanierungsstaus in den Krankenhäusern ist ein Schwerpunkt bei der Sicherung der
352 sozialen Infrastruktur. Den eingeschlagenen Weg werden wir weiter verfolgen, um die
353 Versorgung überall in Schleswig-Holstein zu sichern.

354 Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin für einen bundesweit einheitlichen
355 Basisfallwert ein, um eine gerechte und angemessene Finanzierung der
356 Krankenhausbehandlung in Schleswig-Holstein zu erreichen.

357 **Die Medizin braucht mehr Nachwuchs**

358 Bei uns im Land werden in den nächsten 10 bis 15 Jahren viele Hausärzt*innen in den
359 Ruhestand gehen. Gleichzeitig steigt dann der Bedarf an Versorgungsleistung – vor
360 allem im ländlichen Raum. Vor diesem Hintergrund werden – bundesweit – zu wenig
361 Mediziner*innen an den Hochschulen ausgebildet. Mit der medizinischen Fakultät an
362 der Christian-Albrechts-Universität in Kiel und der Universität zu Lübeck haben wir
363 zwei exzellente Hochschulen zur Medizinerbildung. Unser Ziel ist es, gemeinsam
364 mit den anderen Bundesländern durch einen "Hochschulpakt Medizin" bundesweit 1000
365 neue Medizinstudienplätze zu schaffen.

366 **Pflege geht Alle an**

367 Der überwiegende Anteil der Pflegebedürftigen möchte so lange wie möglich zu Hause
368 versorgt werden. Um das zu ermöglichen, müssen auch die Pflegenden – in der
369 Mehrzahl Frauen – entlastet werden.

370 Wir wollen Programme zur Prophylaxe und Prävention stärken, weil sie geeignet sind,
371 Pflegebedürftigkeit zu vermeiden bzw. hinauszuschieben. Auch das Schleswig-
372 Holsteinische Geriatrie-Konzept (Altersmedizin) gilt es fortzuschreiben. In der
373 Pflege werden wir kommunale Modellprojekte auflegen, wissenschaftlich auswerten und
374 bei Erfolg landesweit umsetzen.

375 Wir GRÜNE setzen uns für einheitliche Standards bei der Personalbemessung in der
376 Pflege und eine konsequente Umsetzung des Arbeitsschutzes für Pflegekräfte ein. Die
377 Voraussetzungen wollen wir gemeinsam mit den Pflegekräften verbessern. Hierzu
378 gehört auch, die erforderlichen Ausbildungskapazitäten vorzuhalten.

379 **Palliativversorgung und Hospize tun not**

380 Wir wollen das Angebot im Bereich der ambulanten und stationären Versorgung mit
381 Palliativmedizin und Hospizen weiter ausbauen.

382 **Geburtshilfe sicherstellen und Hebammen unterstützen**

383 Zur Sicherung der Versorgung mit Geburtshilfe und Hebammen soll die Anzahl der
384 Ausbildungsplätze für Hebammen bedarfsgerecht ausgebaut werden, gemeinsam mit den
385 Kommunen wollen wir Verantwortung für die Sicherung der Haftpflichtprämien
386 übernehmen. Mit den Kommunen zusammen steht es auch an, in jedem Kreis und jeder
387 kreisfreien Stadt eine für Geburtshilfe zuständige Hebamme bereit zu halten. Zur

388 Versorgung der Inseln und Halligen sowie anderer strukturschwacher Gegenden setzen
389 wir uns weiterhin für eine externe Begleitung ein.

390 **Tageskliniken für psychisch Kranke ausbauen**

391 Psychiatrische und psychosomatische Tageskliniken sind auszubauen. Wir unterstützen
392 die gemeinsame Koordinierung ambulanter, (teil)stationärer und tagesklinischer
393 Behandlungsformen.

394 Demenzerkrankungen nehmen aufgrund der demografischen Entwicklung immer mehr zu.
395 Den Demenzplan Schleswig-Holstein entwickeln wir weiter.

396 **Gesundheitsversorgung für Geflüchtete sicherstellen**

397 Zur Eingliederung der Asylsuchenden in das Gesundheitssystem ist uns mit der
398 landesweiten Einführung der Gesundheitskarte ein erster Schritt gelungen. Wir
399 wollen nun in Schleswig-Holstein ein Modell für die Gesundheitsversorgung von
400 Menschen ohne Papiere entwickeln. Besonderes Augenmerk richten wir auf
401 traumatisierte Geflüchtete. Die von uns veranlasste Aufstockung der Mittel ist
402 weiterzuführen und dem kommenden Bedarf anzupassen. Das gilt auch für die
403 Fortbildung von Menschen, die Traumatisierte in Unterkünften betreuen.

404 **Unabhängige Patientenberatung wieder gewährleisten**

405 Wir bedauern, dass die unabhängige Patientenberatung nach einer Fehlentscheidung
406 der Bundesregierung nicht mehr ausreichend im Land präsent ist und werden
407 versuchen, diese Fehlentwicklung auf Bundesebene rückgängig zu machen.

408 **Gesundheit@Digital**

409 Die Digitalisierung im Gesundheitswesen und der Ausbau der Telemedizin bieten große
410 Chancen für die Sicherung der medizinischen Versorgung. Wichtig ist die Einhaltung
411 des Datenschutzes.

412 **Auf den Punkt**

- 413 • *Wir werden* die Prävention von Erkrankungen fördern,
- 414 • die medizinische Versorgung im ländlichen Raum sichern,
- 415 • den Investitionsstau bei den Krankenhäusern weiter abbauen,
- 416 • für alle Pflegebedürftigen Qualität in der Pflege hoch halten,
- 417 • die Angebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen und Demenz sowie der
418 Hospiz- und Palliativmedizin weiter ausbauen,
- 419 • Modellprojekte begleiten, die ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung
420 vor allem im ländlichen Raum zusammenwirken lassen,
- 421 • die Einrichtung einer Landesgesellschaft zur Umsetzung innovativer Konzepte
422 prüfen,
- 423 • den Ausbau der Telemedizin unterstützen.

424 **Kita / Plietsch – Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder schon**
 425 **von der Kita an. Mit mehr Qualität und Unterstützung der**
 426 **Eltern**

427

428 Die Brücken in eine offene Gesellschaft werden in Kitas und Schulen gebaut. Für
 429 eine gelungene Inklusion und Integration liegt hier der Schlüssel. Dabei kommt es
 430 vor allem auf Qualität an – bei Ausstattung, bedarfsgerechten Öffnungszeiten,
 431 Ausbildung und Personal. Kitas sollen Orte der Geborgenheit und des Lernens sein –
 432 und die Kinderstube der Demokratie.

433 Kaum ein Bereich ist so im Wandel wie die Angebote für kleine Kinder. Seit 2013
 434 haben Kinder ab dem ersten Geburtstag bundesweit einen Rechtsanspruch auf einen
 435 Betreuungsplatz. Bei Platzangebot und Betreuungsschlüssel stehen wir im Norden gut
 436 da. Das Land hat seit 2012 die Mittel für die Kitafinanzierung von 100 auf 200
 437 Millionen Euro jährlich verdoppelt. Das ist deutlich mehr, als wir vor der letzten
 438 Landtagswahl versprochen hatten.

439 **Kitapolitik für mehr Qualität**

440 Krippen und Kitas halten vielen Familien den Rücken frei. Hier ist Platz zum
 441 Lernen, um Freundschaften zu schließen und Fragen zu stellen – für Kinder, aber
 442 auch die Eltern. Nicht zuletzt wollen wir die Rolle der Elternvertretungen stärken,
 443 diese institutionalisieren und mit mehr Mitteln ausstatten.

444 Qualität der Kinderbetreuung ist uns wichtig. Schleswig-Holstein liegt bei den
 445 Kitas im bundesweiten Durchschnitt, viele arbeiten schon heute auf höchstem Niveau.
 446 Wir wollen aber gemeinsam mit den Akteur*innen landesweit einen Orientierungsrahmen
 447 für gute fachliche Praxis erarbeiten und diesen mit den Fortbildungsangeboten
 448 verbinden.

449 Inklusive Angebote sollen schrittweise ausgebaut werden, die Sprachförderung
 450 intensiviert, der Übergang von der Kita in die Grundschule systematisiert und auch
 451 die Arbeit der Familienzentren gestärkt werden, die wir seit 2014 mit 2,5 Millionen
 452 Euro jährlich unterstützen.

453 Tagesmütter und -väter bleiben wichtig für Familien mit kleinen Kindern. Sie sollen
 454 an den neuen Maßnahmen für Fachberatung und Qualitätsentwicklung teilnehmen und
 455 sich vernetzen können.

456 **Familiengerechtigkeit, eine transparente und gerechte Kitafinanzierung**

457 Kinderbetreuung ist aus dem Lebensalltag junger Familien nicht mehr wegzudenken.
 458 Für den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung müssen der zeitliche Bedarf sowie die
 459 finanzielle und soziale Situation der Familien noch stärker berücksichtigt werden.
 460 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbildung sowie Weiterbildung oder Pflege
 461 wollen wir weiter verbessern.

462 Eltern müssen trotz aller Anstrengungen im Bundesvergleich bei uns durchschnittlich
 463 am meisten zahlen. Das geht von geringen Gebühren wie in Neumünster hin zu kaum
 464 noch tragbaren Elternbeiträgen im Hamburger Rand. Gemeinsam mit Kreisen und
 465 Kommunen wollen wir familiengerechte Lösungen finden, wie z.B.
 466 Geschwisterermäßigungen und Beitragsstaffelungen.

467 Kitagebühren lehnen wir im Grundsatz ab. Ein bedarfsgerechtes Angebot und hohe
 468 Qualität haben für uns Priorität. Mittelfristig bleibt die Beitragsfreiheit unser
 469 Ziel. Allerdings haben wir erste Schritte getan, um Familien zu entlasten: So wird

470 2017 das Krippengeld eingeführt, das Eltern von Krippenkindern mit 100 Euro pro
 471 Monat entlastet. Außerdem haben wir Familien im Bezug von Transferhilfe per
 472 Kitagesetz 2013 komplett von Kita-Gebühren freigestellt.

473 Die Zunahme an Ganztags- und Krippenplätzen, Tarifsteigerungen und erhöhte
 474 Bildungsstandards bringen Kommunen teilweise an den Rand der Handlungsfähigkeit.
 475 Wir wollen die Kommunen bei diesen Aufgaben finanziell noch stärker unterstützen.
 476 Dies werden wir mit mehr Transparenz in der Finanzierung verbinden. Die
 477 Kitafinanzierung muss für alle nachvollziehbar sein.

478 **Fachkräftemangel in Kitas entgegen wirken, Berufseinstieg attraktiver machen**

479 Viele qualifizierte Absolvent*innen unserer Beruflichen Schulen arbeiten im
 480 Anschluss an eine zwei- bis fünfjährige Schulzeit mit Praktika nicht in Kitas,
 481 obwohl qualifiziertes Personal händeringend gesucht wird. Darum wollen wir zum
 482 einen die Anerkennung von beruflichen Erfahrungen erleichtern – andererseits
 483 Maßnahmen entwickeln, die den Berufseinstieg einfacher und attraktiver gestalten
 484 und den Einstieg in eine duale Ausbildung für Erzieher*innen prüfen.

485 **Auf den Punkt**

- 486 • *Wir werden* noch mehr in Kita-Qualität investieren,
- 487 • eine einfache und verlässliche Kita-Finanzierung mit Kreisen und Kommunen
 488 erreichen, die Kommunen wieder Spielräume gibt,
- 489 • uns für mehr Beitragsgerechtigkeit einsetzen,
- 490 • den Berufseinstieg für junge Menschen attraktiver machen.

491 **Schulen / Leben, lernen, entdecken: Unsere Schulen sollen sich** 492 **in Ruhe entwickeln können, zum Besten für Schüler*innen und** 493 **Lehrkräfte**

495 In erster Linie sind an unseren Schulen nicht Fächer, sondern junge Menschen zu
 496 unterrichten. Sie sollen die Welt des Wissens mit Freude kennenlernen, sie sollen
 497 erfahren, worauf sie stolz sein können und wobei sie sich anstrengen müssen. Guter
 498 Fachunterricht, individuelle Förderung, ein wertschätzender Umgang – das haben
 499 unsere Schüler*innen verdient. Wir streben eine ganzheitliche Bildung an und wollen
 500 den Kindern gutes Rüstzeug mitgeben: Ausbildungsreife und Lebenspraxis.

501 **100 Prozent plus x in der Unterrichtsversorgung und weitere Hilfen**

502 Unseren Schulen fehlen Lehrkräfte. Den Sparkurs an unseren Schulen von Schwarz-Gelb
 503 haben wir darum 2012 beendet. Auch künftig wird unser Schwerpunkt auf einer
 504 besseren Ausstattung der Schulen und höherer Qualität liegen.

505 Bei der Unterrichtsversorgung haben wir uns von 95 Prozent auf inzwischen 98
 506 Prozent vorgearbeitet. Alle Schulen brauchen eine 100-prozentige Versorgung, einige
 507 darüber hinaus mehr Personal: Schulen unterscheiden sich bei der Zusammensetzung
 508 der Schüler*innenschaft stark. Wir wollen vor allem Schulen stärken, die vielen
 509 Kindern und Jugendlichen mit Lern- und Lebenserschwernissen Rückenwind geben. Es
 510 gilt, multiprofessionelle Teams einzusetzen, die etwa aus Lehrkräften,
 511 Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen bestehen, Entlastungsstunden für
 512 Schulleitungen und Lehrkräfte an diesen Standorten zu ermöglichen und so eine
 513 Personalausstattung von mehr als 100 Prozent zu erreichen.

514 Wir haben die Schulsozialarbeit und die Schulassistenten an Grundschulen mit jeweils
515 mehr als 13 Millionen Euro jährlich aufgestockt. Den schulpsychologischen Dienst
516 wollen wir ebenfalls weiterentwickeln.

517 Auch den Ausbau der Ganztagschulen gilt es weiterzuführen: Halbtagschulen passen
518 nicht mehr zur Lebenswirklichkeit berufstätiger Eltern. Wir brauchen – nicht nur in
519 der Grundschule – verlässliche und bedarfsgerechte Angebote.

520 **Qualitätsverbesserungen statt Strukturdebatten – Personalentwicklung fördern**

521 Seit dem Jahr 2007 gibt es eine neue Schulstruktur im Land. Das System aus
522 Gemeinschaftsschulen, Gymnasien und Beruflichen Schulen hat sich bewährt. Der
523 Standard G8 an Gymnasien und G9 an Gemeinschaftsschulen und Beruflichen Gymnasien
524 ist allgemein akzeptiert. In der laufenden Legislaturperiode haben wir nach einem
525 Bildungsdialog mit vielen Akteur*innen behutsam nachgesteuert. Wir sind uns
526 bewusst, dass die Schulen Ruhe wollen, um an Schulkultur und Unterrichtsmethoden
527 weiterarbeiten zu können. Darum halten wir uns mit neuen Bestimmungen und
528 Pflichtanforderungen zurück. Es wird keine Veränderung der Schulstruktur geben.

529 Unsere Aufgabe wird es vielmehr sein, Rahmenbedingungen zu gestalten, die an den
530 Schulen Freiräume für gemeinschaftliche Initiativen und Entwicklungen lassen. Wir
531 werden die Ausgaben für Fortbildung erhöhen und den systematischen Einstieg in die
532 Supervision (Beratung und Hilfe) von Lehrkräften und Schulleitungen prüfen.

533 In Modellschulen sollte es die Möglichkeit geben, Arbeitszeitmodelle
534 auszuprobieren, um Freiräume zu schaffen. Multiprofessionelle Teams könnten damit
535 Zeit zur Koordinierung gewinnen und Arbeitsspitzen abgemildert werden.

536 Der Schulleitung kommt eine wichtige Rolle bei der Sicherstellung der Schulqualität
537 zu. Schulleitung ist ein eigenes Berufsfeld – auf die komplexen Managementaufgaben
538 sind viele Lehrer*innen nicht vorbereitet. Wir halten die Einführung einer
539 systematischen Personalentwicklung und ein Spezialprogramm für künftige
540 Führungskräfte in Schulen für unerlässlich.

541 Auch Schulen sind lernende Systeme. Darum wollen wir mehr Schulen die Chance auf
542 ein „Schul-Feedback“ geben und sie in ihrer Entwicklung mit zielgerichteten
543 Maßnahmen unterstützen. Schüler*innen können aufschlussreiches Feedback geben,
544 deswegen sind sie in diesen Prozess einzubinden.

545 **Inklusion verwirklichen**

546 Inklusion bedeutet Teilhabe und Förderung. Wir unterstützen sowohl inklusive
547 Angebote an Regelschulen – das bedeutet, dass Kinder mit Handicap in ihre
548 Nachbarschule gehen können – als auch die in unserem Schulsystem unverzichtbaren
549 Förderzentren. Beides muss Hand in Hand gehen und Eltern die Wahl lassen.

550 Inklusion braucht Unterstützung. Damit alle Kinder individuelle Lernunterstützung
551 in Anspruch nehmen können, sind mehr Förderlehrkräfte und weiteres pädagogisches
552 Fachpersonal einzustellen. Mit den von uns in dieser Legislatur bereits
553 geschaffenen zusätzlichen Stellen für Förderlehrkräfte sowie rund 600
554 Schulassistent*innen an Grundschulen haben wir einiges erreicht. Künftig geht es
555 darum, die Mittel von Schulbegleitung und Schulassistenten im Sinne der Schule und
556 der Verlässlichkeit für die betroffenen Familien besser zu verzahnen.

557 Inklusion kann nicht nach der neunten Klasse enden. Gemeinsam mit Schulen und
558 Wirtschaft sowie mit Jugendberufsagenturen werden wir nach besseren Möglichkeiten
559 suchen, die inklusive Struktur auch in der beruflichen Bildung im Land auszubauen.

560 Das Land wird die Kooperation von Regelschulen und Förderzentren mit
561 Investitionsanreizen unterstützen. Bauliche Veränderungen sollen auch die
562 gemeinsame Planung und Gestaltung des Unterrichts verbessern. Die Zusammenarbeit
563 von Fach- und Förderlehrkräften, Schulsozialarbeitern und Schül*innen, von
564 Ganztagspersonal und Schulbegleiter*innen wird so erleichtert und wirkungsvoller.

565 Zu Kindern und Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen zählen auch Hochbegabte.
566 Wir begrüßen die bereits angelaufenen Projekte an unseren Schulen und werden sie
567 weiter fördern – als wichtigen Beitrag für Vielfalt an Schulen.

568 **Kinder und Jugendliche aus aller Welt sind willkommen an unseren Schulen**

569 Ohne die engagierte Arbeit unserer Schulen wird Integration nicht gelingen. Mehr
570 als 700 Lehrer*innenstellen sind bislang geschaffen worden, weitere werden folgen,
571 um allen Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein einen guten Bildungsstart
572 zu ermöglichen. Die Arbeit in DaZ-Vorbereitungsklassen (Deutsch als Zweitsprache)
573 braucht einen eigenen Ansatz. Wir setzen uns dafür ein, die besondere Kompetenz von
574 Lehrkräften zu nutzen, die selber Geflüchtete sind oder waren. Diese Lehrer*innen
575 brauchen ein spezielles Einstiegs- und Traineeprogramm, um mit unseren
576 pädagogischen Standards erfolgreich arbeiten zu können.

577 **Schule muss sich jede*r leisten können**

578 Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt, aber auch bei uns kommen Kinder
579 ohne Frühstück zur Schule. Nicht alle Kinder können sich das Mensaessen oder
580 Klassenfahrten leisten. Kein Kind darf aus Geldsorgen vom Schulleben ausgeschlossen
581 sein.

582 Wir werden einen Sozialfonds auflegen, der es finanziell benachteiligten
583 Schüler*innen ermöglicht, gleichberechtigt an Bildungsangeboten teilzuhaben. Dazu
584 gehören die Teilnahme an Klassenfahrten, Zuschüsse zum Essen, Kosten für benötigte
585 Lernmittel und IT-Ausstattung, die viele Kinder und Jugendliche sowie ihre Eltern
586 oftmals vor große finanzielle Schwierigkeiten stellen.

587 **Demokratie und Vielfalt wagen**

588 Demokratie, Vielfalt und Selbstbestimmung müssen früh erlernt werden. Wir wollen
589 Kinder von Beginn an mitbestimmen lassen, etwa durch altersgerechte
590 Feedbackformate. Angemessene Demokratieprojekte sollen in den Kitas und allen
591 Schulformen ein festes Angebot sein, damit Kinder und Jugendliche die Vielfalt der
592 Gesellschaft, unterschiedliche Lebensentwürfe und die Pluralität von Meinungen
593 schätzen lernen.

594 Politische Bildung ist, gerade in Zeiten erstarkender rechtspopulistischer
595 Parteien, für das Mitwirken an demokratischen Prozessen und das Gelingen von
596 Demokratie unverzichtbar. Deshalb wollen wir das Thema politische Bildung und
597 Demokratiebildung an den Schulen in allen Jahrgängen verankern. Der
598 Landesbeauftragte für politische Bildung spielt dabei eine hervorgehobene Rolle. Er
599 hat mit Angeboten für Jugendliche – wie „jung und wählerisch“ und mit den
600 „Demokratietagen“ – gemeinsam mit Schulen richtungsweisende Formate entwickelt, die
601 durch neue Projekte und Unterrichtsmodule auszubauen sind.

602 **Bildungsdialog zur Gesunden Schule initiieren**

603 Wir sorgen uns um den Krankheitsstand bei Lehrkräften und sind alarmiert, dass
604 viele Kinder und Jugendliche stark unter Schulstress leiden. Die Ursachen sind
605 vielfältig, gehen sicher aber auch auf den zunehmenden Leistungsdruck zurück. Vor

606 diesem Hintergrund ist es geboten, den Bildungsdialog fortzuführen und das Thema
607 „Gesunde Schule“ in den Mittelpunkt zu stellen. Ein Ansatzpunkt – jenseits der
608 Lernbedingungen – ist die Verpflegung mit ausgewogenen und nahrhaften
609 Lebensmitteln, die zudem aus der Region kommen und dem Saisonangebot entsprechen.

610 **Schwimmen lernen**

611 Jede*r zweite junge Schleswig-Holsteiner*in lernt nicht mehr schwimmen. Wir wollen
612 ein Programm auflegen, damit alle Kinder am Ende der vierten Klasse schwimmen
613 können.

614 **Religionsunterricht gehört dazu**

615 Unsere Schulen sind Orte der Vielfalt. Das sollte sich noch stärker bei den
616 Angeboten zu Religionsunterricht und Ethik zeigen. Wenn wir die Vielfalt ernst
617 nehmen, müssen wir auch in diesem Bereich Angebote schaffen. Solange die
618 christlichen Kirchen, denen der konfessionelle Religionsunterricht zugesichert ist,
619 keinen konfessionsübergreifenden Unterricht wie in Hamburg anstreben, müssen wir
620 gleichberechtigt auch andere Angebote schaffen. Dazu gehört mehr staatlicher
621 Islamunterricht durch Lehrer*innen, die an deutschen Hochschulen für die
622 Unterweisung von Kindern muslimischen Glaubens ausgebildet sind.

623 **Die Schule im Dorf lassen**

624 Kleinen Grundschulen haben wir es ermöglicht, dass sie im Dorf bleiben können.
625 Weiterhin gilt: Kurze Beine – kurze Wege. Aber die Schüler*innenzahlen sinken auch
626 an einigen weiterführenden Schulen. Hier gilt das Argument der kurzen Beine nicht,
627 vielmehr liegt ein Schwerpunkt auf einem fachlichen und vielfältigen Angebot. Zwar
628 haben wir auch dort die Mindestgröße auf 240 Schüler*innen gesenkt, aber so nicht
629 alle Probleme gelöst. Wir wollen auch im ländlichen Raum Angebote für die
630 Sekundarstufe vorhalten, die ohne unzumutbare Fahrtwege erreichbar sind.

631 Es ist ein Landesausschuss einzurichten, in dem ein- bis zweimal pro Jahr
632 kreisübergreifend und frühzeitig über Schwierigkeiten aufgrund der demografischen
633 Entwicklung beraten werden kann.

634 **Gemeinschaftsschulen mit praktischer Orientierung entwickeln**

635 Viele Gemeinschaftsschulen haben eine besondere Praxisorientierung. Mit der
636 Stärkung von Flex- und Praxisklassen, der Kooperation mit Werkstätten der
637 beruflichen Schulen und Unternehmen, mit Schüler*innenfirmen und einem
638 anspruchsvollen Technikprofil können diese Schulen punkten. Wir streben an, dass
639 Gemeinschaftsschulen „ohne Oberstufe“ sich zu Gemeinschaftsschulen „mit praktischer
640 Orientierung“ entwickeln. Dabei spielen Coaches, die Jugendliche in den Schulen
641 frühzeitig und individuell beruflich beraten, eine wichtige Rolle. Wir setzen auf
642 Lernen in der Praxis und individuelle Begleitung. Die entsprechenden Maßnahmen
643 wollen wir verstärken, um auch die Schulabbrecher*innenquote zu senken.

644 **Freie Schulen sind unsere Partner mit frischen Ideen**

645 In den vergangenen Jahren haben wir die Förderung von Schulen in freier
646 Trägerschaft auf eine neue Grundlage gestellt und erstmals seit dem Jahr 2000
647 spürbar verbessert sowie der tatsächlichen Kostenentwicklung angepasst. Schulen in
648 freier Trägerschaft sind eine Bereicherung unserer Schullandschaft. Etliche
649 Kolleg*innen aus öffentlichen Schulen hospitieren dort. Viele Ideen werden in
650 Schulen freier Trägerschaft ausprobiert und gehen im öffentlichen Bereich in Serie.

651 Wir wollen die Rahmenbedingungen auch in den freien Schulen weiter verbessern,
652 damit sie sich leichter den Aufgaben von Inklusion und der Integration von
653 Flüchtlingen widmen können.

654 **Aus- und Weiterbildung unserer Lehrer*innen besser gestalten**

655 Gerade weil das Lehramt anspruchsvoll ist, haben wir die Lehrkräfteausbildung
656 modernisiert und wollen nun prüfen, wie wir an unseren Hochschulen Eignungstests
657 für Lehramtsstudierende einführen können. Die Testergebnisse sollen nicht bindend
658 sein, den Studierenden aber Hinweise zur Studienwahl geben.

659 Die Weiterbildung unserer Lehrkräfte wollen wir ausbauen, auch um in Mangelfächern
660 Engpässen vorzubauen. Wir werden durch Aufbaustudiengänge Lehrkräften und
661 Absolvent*innen der Kombistudiengänge der Europa-Universität Flensburg ermöglichen,
662 sich für die Sekundarstufe II zu qualifizieren. Es sind weitere Maßnahmen gegen den
663 Lehrkräftemangel auf den Weg zu bringen. Vor allem Schulleitungen im ländlichen
664 Raum brauchen unsere Unterstützung. Wir wollen Menschen mit ausländischer
665 Qualifikation den Weg in die deutschen Schulen ebnen und einen
666 Sondereinstellungskorridor für Lehrkräfte in Mangelfächern eröffnen.

667 **Eigenständigkeit erwünscht**

668 Auch künftig sollen Schulen über ihre pädagogischen Methoden weitgehend selbst
669 entscheiden. Jede Lehrkraft tickt anders, deshalb ist Autonomie wichtig. Es obliegt
670 den Schulen, ob z.B. eine Grundschule die Abschlusszeugnisse notenfrei gestaltet
671 oder nicht, mit welcher Schule kooperiert wird, welche Profile angeboten werden, ob
672 jahrgangsübergreifend gearbeitet wird und wie der Umgang mit digitalen Medien zu
673 integrieren ist. Zur Autonomie gehören Standards, die umzusetzen sind,
674 bedarfsgerechte Evaluationen und Maßnahmen zur Qualitätssicherung. Weder die
675 Autonomie, noch das Qualitätsmanagement dürfen – wie in der Vergangenheit geschehen
676 – zu unangemessenem Mehraufwand in den Schulkollegien führen.

677 **Schulentwicklungsplanung für die Metropolregion Hamburg verwirklichen**

678 Wir haben große Fortschritte in Richtung einer freien Schulwahl in der
679 Metropolregion Hamburg gemacht und das Gastschulabkommen abgeschlossen. In der
680 kommenden Wahlperiode wollen wir die Kooperation mit Hamburg intensivieren. Ziel
681 bleibt eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung mit Hamburg für den Hamburger Rand
682 - auch im beruflichen Bereich. Anzustreben ist eine möglichst freie Schulwahl in
683 der Metropolregion, was für viele dort lebende Familien eine große Erleichterung
684 bedeutet.

685 **Lernen@Digital**

686 Der freie Zugang zu Wissen ist eine Chance für mehr Bildungsgerechtigkeit. Um
687 diese Chance nutzen zu können, ist mehr Medienkompetenz zu vermitteln. Moderne
688 Schulen brauchen zeitgemäße Methoden, digitales Lernen gehört unbedingt dazu. Auf
689 diesem Weg wollen wir die Schulen unterstützen und begleiten, u.a. durch
690 Ergänzungen in der Lehrer*innenaus- und -fortbildung, im Vorbereitungsdienst und
691 mit außerschulischen Partnern.

692 Wir werden mit den kommunalen Spitzenverbänden und Schulträgern nach Lösungen
693 suchen, wie die IT-Infrastruktur auf einen landesweit vergleichbaren, hohen
694 Standard gebracht werden kann. Die Wartung der Hard- und Software kann nicht – wie
695 an einigen Schulen noch üblich – engagierten Lehrer*innen und Schüler*innen
696 zugemutet werden. Dies ist die Aufgabe qualifizierter Schultechniker*innen. Für

697 finanzschwache Schüler*innen brauchen wir Angebote, damit nicht der Geldbeutel über
698 die Teilhabe entscheidet.

699 Das Internet bietet einfachen Zugang zu Fakten und Wissen – das Lernen ändert sich.
700 Informatikunterricht und Medienbildung müssen obligatorisch für alle Schüler*innen
701 an weiterführenden Schulen werden. Um das zu leisten, sind zügig Lehrkräfte aus-
702 und fortzubilden. Die Vermittlung digitaler Kompetenz darf aber nicht einfach „On
703 Top“ zu den bisherigen Curricula (Lehrplänen) gelegt werden. Die Einführung eines
704 Medienpasses soll dafür sorgen, dass alle Schüler*innen die Medien kritisch und
705 praktisch beherrschen.

706 Schleswig-Holstein braucht eine Landesstrategie für Open Educational Resources
707 (frei zugängliche Lehrmaterialien).

708 **Auf den Punkt**

- 709 • *Wir werden* dafür sorgen, dass alle Schulen 100 Prozent Unterricht geben
710 können,
- 711 • mehr pädagogisches Fachpersonal für Inklusion einstellen und
712 Integrationsangebote ausbauen,
- 713 • dafür eintreten, dass finanzielle Hindernisse Zuhause nicht zur
714 Bildungsbremse werden,
- 715 • Ganztagsangebote steigern und Schulen im ländlichen Raum stärken,
- 716 • für mehr altersgerechte Demokratie und Vielfalt sorgen,
- 717 • Schulen Freiraum und Ruhe geben, damit vor Ort an der Schulqualität
718 gearbeitet werden kann,
- 719 • digitales Lernen fördern.

720 **Berufliche Bildung / Beim direkten Weg von der Schule in die** 721 **Ausbildung dürfen wir keinen Jugendlichen zurücklassen**

722
723 Unser Ziel ist es, die Zahl der Jugendlichen deutlich zu erhöhen, die direkt nach
724 der Schule eine Ausbildung beginnen. Ausbildungsvorbereitende Maßnahmen wollen wir
725 zu ausbildungsqualifizierenden Bausteinen umbauen.

726 **Berufs- und Studienorientierung intensivieren**

727 Die Berufs- und Studienorientierung (BSO) an allgemeinbildenden Schulen verstärken
728 wir und bauen die Kooperation zu Berufsschulen sowie Regionalen Bildungszentren
729 (RBZ) aus. Berufsschullehrkräfte haben durch den engen Kontakt mit Betrieben und
730 Innungen einen größeren Überblick über Ausbildungsberufe und Ausbildungssituation
731 als viele Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen. Deshalb prüfen wir, wie
732 Berufsschullehrkräfte die allgemeinbildenden Schulen in der Berufsorientierung
733 unterstützen können.

734 **Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen einführen**

735 Immer noch befinden sich jährlich mehr als 7.000 Jugendliche in
736 ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen. Hier besteht Handlungsbedarf für Politik und
737 Sozialpartner. Wir brauchen ein qualifizierendes, aufeinander aufbauendes System
738 für Jugendliche, die nach der Schule keinen Ausbildungsplatz bekommen. Wir wollen

739 das Konzept der Ausbildungsgarantie in Schleswig-Holstein umsetzen. Damit bekommt
740 jede*r Jugendliche die Chance auf einen Ausbildungsplatz im Betrieb oder
741 betriebsnah in den beruflichen Schulen beziehungsweise bei freien Trägern.

742 **In Modellstudiengängen mehr Fachkräfte ausbilden**

743 Auch an den berufsbildenden Schulen wollen wir eine Unterrichtsversorgung von 100
744 Prozent erreichen. Um den Lehrkräftebedarf an beruflichen Schulen zu decken, vor
745 allem im gewerblich-technischen Bereich, brauchen wir neue Einstiegsmodelle. Dazu
746 werden wir modellhaft Masterstudiengänge einrichten und Konzepte mit dem
747 Landesseminar Berufliche Bildung sowie dem Berufsbildungsinstitut Arbeit und
748 Technik an der Europa-Universität Flensburg entwickeln.

749 **Jugendberufsagenturen im ganzen Land etablieren**

750 Wir haben erreicht, dass in fünf Modellregionen in Schleswig-Holstein
751 Jugendberufsagenturen eingerichtet werden und haben dafür 200.000 Euro
752 bereitgestellt. Ein Anfang ist gemacht, weitere Kreise und kreisfreie Städte wollen
753 dieses Konzept umsetzen. Wir werden die flächendeckende Einführung von
754 Jugendberufsagenturen unterstützen. Sie bieten die Chance, dass viele Jugendliche
755 durch intensive Beratung und Begleitung an einem Ort den direkten Weg von der
756 Schule in die Ausbildung finden.

757 **RBZ und berufliche Schulen unterstützen die Integration von Geflüchteten**

758 Berufliche Schulen und Regionale Berufsbildungszentren (RBZ) übernehmen wichtige
759 Arbeit bei der Integration von jungen Flüchtlingen. Sie begleiten die Migrant*innen
760 zu Beginn in Sprachklassen, danach auf ihrem Weg in Ausbildung und Beruf –
761 unabhängig von der Herkunft. Für diese Aufgabe haben wir zusätzliche Ressourcen
762 bereitgestellt. Wir wollen die Möglichkeiten der Kooperation mit freien Trägern und
763 der Bundesagentur für Arbeit jetzt erweitern, um jungen Flüchtlingen über 18 Jahren
764 Sprachunterricht und Ausbildungsvorbereitung zu eröffnen. Das für alle leisten zu
765 können, braucht zusätzliche Mittel des Bundes.

766 **Berufliche Bildung stärken – Kräfte bündeln in einem Schleswig-Holsteinischen 767 Institut für berufliche Bildung (SHIBB)**

768 In Schleswig-Holstein besuchen mehr als 90.000 Schüler*innen Berufsbildende Schulen
769 in unterschiedlichen Bildungsgängen. Diese Institutionen spielen eine wichtige
770 Rolle beim Übergang von der Schule in den Beruf, bei der Berufsausbildung (duale
771 und vollzeitschulische Berufsausbildungen), beim Erreichen des Abiturs und in der
772 beruflichen Weiterbildung. Wir werden die berufliche Bildung an den Schulen sowie
773 die Aus- und Fortbildung der Berufsschullehrkräfte stärken. Dazu brauchen wir die
774 Bündelung der Ressourcen aus den verschiedenen Ministerien und dem Landesseminar im
775 fachlichen und personellen Bereich sowie die Einbindung von Sozialpartnern und
776 Schulträgern. Die Gründung eines eigenständigen Schleswig-Holsteinischen
777 Landesinstituts für Berufliche Bildung (SHIBB) haben wir bereits angestoßen.

778 **RBZ-Prozess voran bringen**

779 Die beruflichen Schulen müssen flexibel auf neue Herausforderungen reagieren, z.B.
780 mit Sprachklassen und einer Ausbildungsvorbereitung für Flüchtlinge, über
781 Veränderungen in den Ausbildungsberufen und mit Angeboten für Fort- und
782 Weiterbildung. Die Struktur ist als Anstalt öffentlichen Rechts dafür optimal, da
783 sie regionale Berufsbildungszentren autonomer macht.

784 **Auf den Punkt**

- 785 • *Wir werden* Jugendberufsagenturen flächendeckend aufbauen,
- 786 • dem Fachkräftemangel an Beruflichen Schulen begegnen,
- 787 • ein Schleswig-Holsteinisches Institut für Berufliche Bildung (SHIBB)
- 788 etablieren,
- 789 • allen Jugendlichen Ausbildung anbieten.

790 **Hochschulen / Wir fördern unsere Leuchttürme des Wissens, sie**

791 **geben starke Impulse für die Zukunftsgestaltung unseres Landes**

792

793 Für unsere Hochschulen haben wir viel erreicht. Während in der schwarz-gelben
 794 Regierungszeit Kürzungen und Dialogverweigerung auf der Tagesordnung standen, geht
 795 es mit der Küstenkoalition für die Hochschulen voran. Wir GRÜNE waren treibende
 796 Kraft bei den Reformen in der Hochschulpolitik und der Verbesserung der
 797 finanziellen Lage unserer Hochschulen.

798 Immer mehr junge Menschen studieren z.B. in Elmshorn, Flensburg, Heide, Kiel und
 799 Lübeck. Davon profitieren Städte und Umland. Von den Hochschulen kommen starke
 800 Impulse für Zukunftsgestaltung in Schleswig-Holstein. Deshalb werden wir GRÜNE den
 801 Ausbau der Hochschulen forcieren, unsere erfolgreiche Hochschul- und
 802 Wissenschaftspolitik weiter verfolgen und zur fortwährenden Optimierung mit allen
 803 universitären Statusgruppen überarbeiten.

804 Schleswig-Holstein befindet sich auf dem Weg, ein Wissenschaftsland mit
 805 Alleinstellungsmerkmalen zu werden. Statt großer Gesetzesnovellierungen werden wir
 806 an konkreten Projekten mit den Hochschulen daran arbeiten, ihre Profile weiter zu
 807 stärken. Kooperationsprojekte untereinander und mit anderen Wissenschafts- und
 808 Forschungseinrichtungen im norddeutschen Raum haben Priorität.

809 **Mehr Ressourcen für unsere Hochschulen bereitstellen**

810 Wir GRÜNE unterstützen den Ausbau der Hochschulen auch über den doppelten
 811 Abiturjahrgang und das Studierendenplateau 2019 hinaus.

812 Wir haben mit einem anwachsenden Finanzierungsmodell die Grundhaushalte der
 813 Hochschulen gestärkt sowie die Finanzierung des Hochschulpakts III mit rund 240
 814 Millionen Euro und dessen Verstetigung nach 2020 zugesagt. In der nächsten
 815 Wahlperiode werden wir die beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung der universitären
 816 Grundhaushalte umsetzen. Es ist zu prüfen, ob wir weitere finanzielle Mittel zur
 817 Verfügung stellen können, um innovative Studiengänge auf den Weg zu bringen.
 818 Besonders haben wir die Verbesserung der Betreuungsrelation in den Studiengängen im
 819 Blick. Kleine und "exotische" Fächer nehmen für uns eine hervorgehobene Position in
 820 der differenzierten Hochschullandschaft ein.

821 Wir stellen die Mittel zur Sanierung der in die Jahre gekommenen Gebäude bereit.
 822 Die Küstenkoalition hat die Mittel für Hochschulen spürbar aufgestockt.

823 Viele Rahmenbedingungen in der Hochschulpolitik liegen in der Verantwortung des
 824 Bundes. Wir wollen einerseits unsere Hochschulen bei der Bewerbung in bundesweiten
 825 Wettbewerben unterstützen, beispielsweise bei der Exzellenzstrategie und den Pakten
 826 für Innovations- und Nachwuchsförderung, andererseits politische Initiativen auf
 827 Bundesebene entwickeln.

828 **Faire Beschäftigung und Vereinbarkeit fördern**

829 Der Bund muss nach dem Wegfall des Kooperationsverbots für den Wissenschaftsbereich
830 stärker in die Grundfinanzierung aller Hochschulen einsteigen und die notwendigen
831 Infrastrukturen des Wissens über ein Bundesprogramm fördern.

832 Durch die Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes ist der Rahmen für bessere
833 Arbeitsbedingungen mit weniger Kettenverträgen für junge Wissenschaftler*innen
834 besser geworden. Wir wollen durch weitere Reformen im Bund die prekäre
835 Beschäftigungssituation des wissenschaftlichen Mittelbaus weiter angehen. Wir
836 werden darauf achten, dass sich die Hochschulen Verhaltenskodizes für gute
837 Beschäftigungsverhältnisse insbesondere für befristet Beschäftigte geben.

838 Gleichzeitig werden wir die Gleichstellung von Frauen an der Hochschule
839 vorantreiben und die Berufung von mehr Professorinnen unterstützen. Dazu gehört
840 auch, die Vereinbarkeit von Forschung, Lehre und Familie weiter zu verbessern und
841 familienfreundliche Rahmenbedingungen bereits für das Studium sowie die Promotion
842 und Habilitation zu schaffen.

843 **Fundament stützen – soziale Infrastruktur ausbauen**

844 Die soziale Infrastruktur mit Beratungs- und Kulturangeboten, Mensen und Wohnheimen
845 ist zentrales Element für ein gerechtes Hochschulstudium. Das Studentenwerk leistet
846 dazu wichtige Arbeit. Wir haben das Studentenwerk in den vergangenen Jahren durch
847 Bauprojekte und beim Personal gestärkt. Uns ist aber bewusst, dass wir bei den
848 Beratungsangeboten und der Schaffung von günstigem Wohnraum weitere Hausaufgaben zu
849 erledigen haben. Neben eigenen Initiativen erwarten wir vom Bund, soziale
850 Infrastruktur endlich als Teil des Hochschulpakts zu realisieren. Wir sehen mit
851 Sorge, dass finanzielle Probleme und unzureichende soziale Absicherung, Stress,
852 Wohnraumnot, Mobilitätsbedürfnisse, sanierungsbedürftige Hochschulen und der Druck,
853 digital voll ausgerüstet zu sein, für die Studierenden extreme Herausforderungen
854 darstellen und die Anforderungen im Studium selbst überlagern.

855 Gemeinsam mit den Hochschulstädten müssen die Initiativen für mehr günstigen
856 Wohnraum ausgebaut werden. Das Studentenwerk Schleswig-Holstein ist dabei unser
857 Partner und wird von uns unterstützt. Wir begünstigen den Bau integrierter
858 Wohnheime auf den Hochschulcampi. Studentisches Wohnen wird mit Unterkünften für
859 Geflüchtete kombiniert.

860 Unbestritten muss das BAföG reformiert werden und sollte mittelfristig in ein
861 elternunabhängiges Bildungseinkommen nach Vorbild der dänischen
862 Ausbildungsförderung (Statens Uddannelsesstøtte) umgewandelt werden.
863 Studiengebühren lehnen wir weiterhin ab.

864 Um die umweltfreundliche und bezahlbare Mobilität der Studierenden und
865 Kooperationen zwischen den Hochschulen zu ermöglichen, setzen wir uns in
866 Verhandlungen mit den Verkehrsbetrieben für ein landesweites Semesterticket zu
867 günstigen Konditionen für die Studierenden ein. Die Finanzierung erfolgt aus den
868 Gemeindeverkehrsfinanzierungsmitteln des Landes.

869 **Nachhaltigkeit, Klimaschutz und innovative Ideen fördern**

870 An unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen gibt es viele Projekte, die sich
871 mit Klimaschutz, regenerativer Energie und Nachhaltigkeit beschäftigen. Bereiche,
872 die nicht im Kieler GEOMAR abgedeckt werden können, wollen wir in einem
873 Forschungsverbund stärker zusammenführen und unterstützen: Ein
874 klimawissenschaftlicher und ökologischer Forschungsverbund, der über die Grenzen
875 unseres Bundeslandes hinaus Erkenntnisse und Ideen liefert.

876 Darüber hinaus werden wir unsere Hochschulen unterstützen, Nachhaltigkeit zum
877 Leitmotiv ihrer Arbeit zu machen. Dies soll insbesondere durch die Förderung
878 interdisziplinärer Projekte geschehen, in denen Natur- und Kulturwissenschaftler
879 gemeinsam forschen und lehren und starke Akzente setzen. Unsere Hochschulen müssen
880 gerade im Bereich der Nachhaltigkeit ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht
881 werden. Hier wurden bereits von den Projekten "Yooweedoo" und "Zukunftsmacher"
882 Zeichen gesetzt.

883 Dasselbe gilt auch für wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge, die wir um
884 Alternativen zu ihrem klassischen Angebot ergänzen wollen. Wir werden Anreize
885 schaffen, damit die Hochschulen neue innovative Studiengänge entwickeln: eine
886 weitere Attraktion für ein Studium in Schleswig-Holstein.

887 Hochschule und Wissenschaft haben Vorbildcharakter in vielen gesellschaftlichen
888 Bereichen, auch bei der Bekämpfung des Klimawandels. An den Hochschulen im Land
889 arbeiten und studieren viele tausend Menschen. Die Christian-Albrechts-Universität
890 zu Kiel hat bereits ein Konzept erarbeitet, wie sie bis 2030 eine klimaneutrale
891 Hochschule wird. Wir wollen mit allen Hochschulen und den jeweiligen
892 Hochschulstädten in der nächsten Wahlperiode Konzepte zu diesem Projekt erarbeiten
893 und auf bestehenden aufbauen.

894 Schleswig-Holstein hat exzellente außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die in
895 weiten Teilen gut mit den Hochschulen kooperieren. Im bundesweiten Vergleich sind
896 es aber noch zu wenig. Wir setzen uns dafür ein, dass in der kommenden Wahlperiode
897 unter Beteiligung von Bund und Ländern mehr außeruniversitäre
898 Forschungseinrichtungen in unser Land kommen. Die Diskussionen über ein Zentrum auf
899 dem Kieler Campus oder zum grenzüberschreitenden Energiezentrum auf dem Flensburger
900 Campus unterstützen wir.

901 **Startups mit der Wirtschaft zusammenbringen**

902 Unsere Hochschulen sind Keimzellen für neue Ideen. Bereits jetzt entstehen welche,
903 die zu Ausgründungen führen. Studierende machen sich mit innovativen Projekten
904 selbstständig. Wir wollen Gründerzentren an allen Hochschulcampi im Land ausbauen
905 und stärken.

906 Es gilt, die Wirtschaftsförderung des Landes stärker auf Nachhaltigkeit und
907 Innovation auszurichten.

908 Gemeinsam mit Gründungszentren, Wirtschaftsverbänden, Handelskammern, Hochschulen
909 und Startups wollen wir ein Gründerstipendium entwickeln, mit dem Gründer*innen in
910 skandinavischen und baltischen Ländern Erfahrungen sammeln können.

911 Gerade sozial-ökologische Ausgründungen mit, nachhaltigen Geschäftsideen werden wir
912 im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsförderung beim Übergang von der Hochschule in
913 die Geschäftswelt unterstützen. Das gilt auch für den weiteren Ausbau des
914 Technologietransfers zwischen Hochschulen und Wirtschaft.

915 **Studierende in der Eingangsphase individuell beraten**

916 Hohe Abbruchquoten von Studierenden, Verschulung der Lehre und der gleichzeitige
917 Wunsch nach kritischer Bildung mit stärkerer und schnellerer Berufsqualifizierung –
918 die Erwartungen an gute Lehre und ein qualitativ anspruchsvolles Studium gehen weit
919 auseinander.

920 Wir GRÜNE wollen im Konsens mit den Hochschulen die Studieneingangsphase durch das
921 Erproben unterschiedlicher Modelle wie etwa dem "Studium Generale" fortentwickeln.

922 So können Studierende interdisziplinär Kompetenzen erlangen und sich im ersten
923 Studienjahr umfassend orientieren.

924 Wir wollen die Studierenden bei ihrer Studienwahl und im Studienverlauf durch neue
925 Instrumente und eine passgenaue Studienberatung stärker unterstützen. Der "Numerus
926 Clausus" als zentrales Element der Zulassungsbeschränkung muss weiter durch die
927 Entwicklung von Alternativen pro Studiengang ergänzt werden.

928 Bereits bestehende Instrumente zur Orientierung, wie ein Probestudium parallel zum
929 Freiwilligendienst, der Arbeit oder der Oberstufe, werden wir auf alle Hochschulen
930 im Land ausweiten.

931 Innovative, kompetenzorientierte Lehr- und Prüfungsangebote sind zu fördern. Dabei
932 ist besonders die Betreuungsrelation zwischen Lehrenden und Lernenden zu
933 verbessern.

934 Wir unterstützen die Hochschulen dabei, auch sieben- bis achtsemestrige Bachelor-
935 Studiengänge anzubieten und setzen uns für eine Flexibilisierung der jetzigen
936 Obergrenze von zehn Semestern für einzelne Studiengänge ein.

937 **Promotionen ermöglichen, Qualifikationen anerkennen**

938 Mit dem in der vergangenen Legislaturperiode geschaffenen Promotionskolleg haben
939 wir die Grundlage für Promotionen an Fachhochschulen gelegt. Dieses Instrument
940 wollen wir gemeinsam mit Fachhochschulen und Universitäten überprüfen und
941 fortentwickeln, damit es noch genauer zur Situation in forschungsstarken
942 Fachbereichen an Fachhochschulen passt, ohne die starke Stellung der Universitäten
943 zu schwächen.

944 Wir werden Geflüchtete mit Hochschulzugangsberechtigung unterstützen, ein Studium
945 bei uns im Land aufzunehmen. Die vielen erfolgreichen Projekte an unseren
946 Hochschulen werden wir weiterhin finanziell fördern.

947 Wer als Geflüchtete*r mit Qualifikationen nach Deutschland kommt, soll sie auch
948 nutzen können. Dabei sind Fähigkeiten wichtiger als Papiere. Wir brauchen eine
949 frühzeitige Erkennung von beruflichen Kompetenzen der Migrant*innen und einen
950 gerechten Zugang zu Bildungsangeboten. Die Unterstützung bei der Berufssuche kann
951 aber nicht nach dem ersten Profiling abgeschlossen sein, da Geflüchtete ihre
952 beruflichen Qualifikationen, Wünsche und Ausbildungsziele mitunter erst besser
953 darlegen können, wenn sie sich sozial und mental stabilisiert haben.

954 **Vielfalt und Weltoffenheit gehört an unsere Hochschulen**

955 Bildungsaufsteiger*innen, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit
956 Behinderung, Ältere, Flüchtlinge und LGBTQI-Menschen (Lesbian, Gay, Bi, Trans,
957 Queer, Inter) sind in den vergangenen Jahren in den Fokus unserer Hochschulen
958 gekommen. Für alle soll an unseren Hochschulen Platz sein. Diskriminierungen im
959 Alltag wollen wir weiterhin entschieden begegnen und Förderprogramme, spezielle
960 Aufnahmetests und Beratungsangebote ausbauen.

961 Wir unterstützen Deutschkurse für Geflüchtete und Qualifizierungsangebote für
962 bislang benachteiligte Gruppen weiterhin finanziell.

963 Das ursprünglich geplante Konzept von Erstaufnahmen an den Hochschulstandorten soll
964 im Sinne von Integrationshäusern verfolgt werden. Mit Landesunterstützung ist dort
965 Wohnraum insbesondere für Zugezogene und Studierende zu schaffen.

966 Auch eine stärkere Internationalisierung der Hochschulen steht auf unserer Agenda,
967 etwa mit Auslandssemestern für Studierende, internationalen
968 Wissenschaftskooperationen, mehrsprachigen Studienangeboten und dem Ausbau
969 grenzüberschreitender Studiengänge.

970 **Mitbestimmung und Partizipation sind Grundlage für mehr Autonomie**

971 Wir GRÜNE wollen den Hochschulen mehr Autonomie geben. Wir werden weiterhin an
972 einer gut ausgestalteten, auf die Hochschulen und ihre Aufgaben zugeschnittenen
973 paritätischen Mitbestimmung arbeiten – für alle Statusgruppen (Professor*innen,
974 Studierende, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, technisch-administrative
975 Mitarbeiter*innen)

976 In dieser Wahlperiode haben wir begonnen, die Zielvereinbarungen von
977 Überregulierungen zu befreien. Es gibt keine jährlichen Berichtspflichten mehr. Den
978 Hochschulen ist mehr Autonomie beim Bau ermöglicht. Wir wollen den
979 Hochschulleitungen und Personalräten mehr Luft zum Atmen geben, indem wir ihnen
980 mehr Freiheit bei der Personalplanung einräumen.

981 **Kooperationsverbot abschaffen**

982 Der Bildungsföderalismus hat sich nicht bewährt – er führt oft zu Kleinstaaterei.
983 Die im Grundgesetz geforderte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist aufgrund
984 der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder bislang nicht erreicht. Es gilt, das
985 Kooperationsverbot aufzuheben, um dem Bund finanzielle und inhaltliche Mitwirkung
986 an den Bildungsaufgaben zu erlauben.

987 **Lernen – ein Leben lang**

988 Angebote zur persönlichen, beruflichen, wissenschaftlichen und kulturellen
989 Weiterbildung sind als vierte Säule im Bildungssystem ein wichtiger Bestandteil der
990 Bildungslandschaft. Die Weiterbildungsträger und Hochschulen in Schleswig-Holstein
991 bieten mit vielfältigen Kursen, Seminaren und Studiengängen umfassende
992 Möglichkeiten zur Qualifizierung. Um passgenaue Angebote zu finden, ist eine
993 individuelle, trägerunabhängige Beratung wichtig.

994 Mit der gesetzlich verankerten Möglichkeit zur Bildungsfreistellung sowie dem
995 Weiterbildungsbonus gibt es schon heute eine gute Basis für Angebote der
996 allgemeinen, kulturellen und beruflichen Weiterbildung. Diese Maßnahmen
997 unterstützen wir GRÜNE weiterhin. Wir wollen mehr Arbeitnehmer*innen und Firmen für
998 das Angebot der Bildungsfreistellung gewinnen und werden mit den Akteur*innen
999 (Unternehmen, Träger und Mitarbeiter*innen, Selbstständige) Konzepte erarbeiten,
1000 wie dies gelingen kann.

1001 Volkshochschulen und Bibliotheken ergänzen die Weiterbildungslandschaft, sind mit
1002 ihrem breiten Angebot wichtige Partner in der Weiterbildung und in allen Regionen
1003 des Landes verankert. Wir wollen ihre Finanzierung sichern und die
1004 Weiterentwicklung zu digitalen Knotenpunkten unterstützen. Nutzer*innen finden hier
1005 freies WLAN und Angebote zur Fortbildung mit digitalen Medien. Sie werden zu
1006 zentralen Orten der Kommunikation, von Zusammenarbeit und Bildung, wie es in
1007 unserem Nachbarland Dänemark bereits vielerorts vollzogen ist. Durch ihr Engagement
1008 bei den Sprach- und Integrationskursen tragen sie zudem maßgeblich zur Integration
1009 der Flüchtlinge bei.

1010 14 Prozent unserer Bevölkerung können nicht ausreichend Lesen und Schreiben.
1011 Außerdem gibt es Bedarf an Angeboten, um Schulabschlüsse auch jenseits der
1012 Altersgrenze von 18 Jahren nachzuholen. Uns ist ein umfassendes Angebot an

1013 Grundbildungskursen wichtig. Deshalb wollen wir prüfen, wie wir die Angebote
1014 bedarfsgerecht gestalten können.

1015 **Hochschule@Digital**

1016 Moderne Hochschulen müssen auch bei der Digitalisierung Taktgeber für die
1017 Gesellschaft sein. Digitalisierung bietet enorme Möglichkeiten des Austausches, der
1018 Informationsgewinnung und -aufbereitung und ein hohes Potenzial für die weitere
1019 Optimierung der Lehre. Selbstverständlich bleibt der persönliche Austausch
1020 weiterhin für wissenschaftliche Diskurse wichtig. Voraussetzung ist der freie
1021 Zugang zu Literatur und Forschungsergebnissen. Öffentlich finanzierte Forschung
1022 soll für alle zugänglich sein. Deshalb unterstützen wir die Open-Access-Strategie
1023 (offener Zugang zu wissenschaftlicher Literatur) der Landesregierung, die gemeinsam
1024 mit Hochschulen und Wissenschaftsbibliotheken entwickelt worden ist. Sie muss
1025 ausgebaut werden.

1026 Für Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen wollen wir ein landesweites
1027 Wissenschaftsnetz entwickeln. Die Rechenzentren der Hochschulen und
1028 Forschungseinrichtungen sind zu verbinden.

1029 Im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung können und wollen viele
1030 Studierende ihre Lernmodule weltweit zusammenstellen. Die Hochschulen müssen daher
1031 neue Richtlinien zur gegenseitigen Anerkennung von Studienleistungen entwickeln.

1032 Online-Literatur, Online-Kurse und Flipped-Classroom-Angebote können Bibliothek und
1033 Hörsaal als klassische Lernforen ergänzen, jedoch nicht ersetzen. Am Ende könnte
1034 der physische Standort der Hochschule immer weniger von Bedeutung sein. Dieser
1035 Trend setzt Ressourcen für bessere und individuellere Betreuung der Studierenden
1036 frei.

1037 Bei diesen absehbaren Entwicklungen werden wir die Hochschulen gezielt unterstützen
1038 und über die Zielvereinbarungen auffordern, die Auswirkungen der Digitalisierung
1039 auf alle Fachbereiche zu überprüfen. Um sich auf die Herausforderungen der
1040 Digitalisierung einzustellen, reicht die Forderung nach zusätzlichen Mitteln nicht
1041 aus.

1042 **Auf den Punkt**

- 1043 • *Wir werden* die finanzielle Sicherheit für die Hochschulen weiter
1044 gewährleisten,
- 1045 • mit den Hochschulen ein landesweites Wissenschaftsnetz entwickeln,
- 1046 • sozial nachhaltige Ausgründungen unterstützen,
- 1047 • innovative Studiengänge fördern
- 1048 • das landesweite Semesterticket umsetzen,
- 1049 • uns für eine vollständige Abschaffung des Kooperationsverbots auf Bundesebene
1050 einsetzen,
- 1051 • Angebote für lebenslanges Lernen weiterentwickeln und fördern.

1052 **Finanzen / Gute Haushaltsführung ist eine Frage der**
 1053 **Gerechtigkeit, kluger Entscheidungen und Ausgabendisziplin**

1054

1055 Maßstab für grüne Finanzpolitik ist die Generationengerechtigkeit. Immer mehr
 1056 Schulden einfach an die nächste Generation weiter zu reichen, stellt keine
 1057 tragfähige Lösung dar. Aber der Begriff Schulden umfasst mehr als nur
 1058 Haushaltszahlen. Eine einseitige Haushaltskonsolidierung, die Schulden durch
 1059 fehlende Bildung oder schlechte Daseinsvorsorge ansammelt, ist keine Alternative.
 1060 Sie gefährdet die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und spaltet die Gesellschaft.

1061 Schleswig-Holstein ist erfolgreich auf dem Weg der Haushaltskonsolidierung. Das im
 1062 Jahr 2010 in der Verfassung festgeschriebene Ziel, ab dem Jahr 2020 in der Regel
 1063 keine neuen Schulden zu machen, ist in Reichweite. Während das Land im Jahr 2010
 1064 noch rund 1,3 Milliarden Euro neue Schulden aufgehäuft hat, konnten in den Jahren
 1065 2013 und 2015 Haushaltsüberschüsse erzielt werden.

1066 Es ist uns gelungen, als erste Landesregierung seit Jahrzehnten, Schulden abzubauen
 1067 und gleichzeitig in Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur zu investieren. Nur wer
 1068 sich um gute Bildung kümmert und unsere Infrastruktur nicht verfallen lässt,
 1069 handelt nachhaltig und generationengerecht.

1070 **Mit IMPULS unsere Infrastruktur sanieren**

1071 Zum ersten Mal haben wir eine ehrliche Bestandsaufnahme über den Sanierungsbedarf
 1072 der Landesinfrastruktur vorgenommen und einen Abbauplan auch für diese Schulden
 1073 vorgelegt. Mit unserem Infrastruktur-Sanierungsprogramm IMPULS haben wir zudem die
 1074 notwendige rechtliche Grundlage geschaffen, dass künftig Haushaltsüberschüsse zur
 1075 Sanierung der Infrastruktur eingesetzt werden können.

1076 Erstmals fließen 2016/17 insgesamt 100 Millionen aus dem Haushaltsüberschuss des
 1077 Jahres 2015 in die Sanierung unserer Infrastruktur. Ab dem Jahr 2018 sollen es 150
 1078 Millionen pro Jahr sein. Eine solide Finanzplanung, die gute Konjunktur und
 1079 niedrige Zinsen sind eine gute Grundlage, um die finanziellen Herausforderungen
 1080 auch in den nächsten Jahren zu meistern.

1081 **Soziale Daseinsvorsorge stärken – Kita, Schule, Wohnen**

1082 Wir wissen, dass es noch viel zu tun gibt. Wir GRÜNE wollen die soziale Spaltung in
 1083 unserem Land überwinden, Integration ermöglichen und den gesellschaftlichen
 1084 Zusammenhalt neu organisieren. Dazu gehören gute soziale Daseinsvorsorge, Teilhabe,
 1085 Investitionen in den Bildungsbereich und in den Wohnungsbau.

1086 **Wir versprechen nicht zu viel**

1087 Wir orientieren unsere Ausgaben an den Realitäten. Es ist klar, dass die
 1088 Haushaltskonsolidierung auch in den nächsten Jahren eine eindeutige
 1089 Schwerpunktsetzung erfordert. Wir GRÜNE nehmen diese Herausforderung an. Unser
 1090 Wahlprogramm verspricht nicht mehr, als wir halten können. Zinsen können steigen
 1091 und Steuereinnahmen sinken. Wir stellen uns darauf ein, dass unsere Ziele auch in
 1092 den kommenden Jahren nur schrittweise umzusetzen sind.

1093 **Schuldenbremse einhalten, schädliche Subventionen abbauen**

1094 Wir werden die Schuldenbremse einhalten und den Landeshaushalt spätestens ab dem
 1095 Jahr 2020 ohne neue Schulden planen

1096 Wir wollen die Finanzpolitik stärker an ökologischen Kriterien orientieren. Um
1097 insbesondere ökologisch schädliche Subventionen abzubauen, haben wir einen
1098 Subventionsbericht auf den Weg gebracht. Eine transparente und regelmäßige
1099 Berichterstattung soll es uns ermöglichen, die im Rahmen der
1100 Haushaltskonsolidierung und der ökologischen Modernisierung notwendigen Schritte
1101 einzuleiten.

1102 **Steuergerechtigkeit herstellen, Steuerverwaltung personell stärken**

1103 Der Staat hat kein Einnahmedefizit. Angesichts der hohen Haushaltsüberschüsse geht
1104 es nicht darum, dass der Staat insgesamt mehr Geld einnimmt. Wir sehen aber ein
1105 Gerechtigkeitsdefizit – und das in mehrfacher Hinsicht: Finanzgewinne werden
1106 geringer besteuert als Arbeit. 50 Milliarden Euro gewähren wir jedes Jahr für
1107 ökologisch schädliche Subventionen. Die Armen werden ärmer und die Reichen reicher.
1108 Aber auch die sehr Reichen gehören zur Gesellschaft und müssen sich entsprechend an
1109 der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. Wir werden uns deshalb im Bundesrat
1110 dafür einsetzen, Steuerhinterziehung stärker zu bekämpfen, Steuerschlupflöcher
1111 konsequenter zu schließen und sehr hohe Vermögen angemessen zu besteuern.

1112 Zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung gehört für uns auch, dass die Kompetenzen
1113 des Bundes und vor allem Europas sowie die personellen Ressourcen gestärkt werden.
1114 Ohne eine effizient aufgestellte Steuerverwaltung werden wir Steuergerechtigkeit
1115 nicht herstellen können. Als ersten Schritt schlagen wir vor, große international
1116 tätige Unternehmen in die Steuerverantwortung des Bundes zu überführen.

1117 **Soli für die Altschuldentilgung verwenden**

1118 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die freien Mittel des Solidaritätszuschlags,
1119 die der Bund aktuell nicht mehr zur Finanzierung der neuen Länder benötigt, allen
1120 Bundesländern und den Kommunen für die Finanzierung von Zukunftsaufgaben,
1121 insbesondere im Bildungsbereich, zur Verfügung stehen. Gleichzeitig müssen Länder
1122 und Kommunen in die Lage versetzt werden, die Last der Altschulden zu bewältigen.
1123 Für uns GRÜNE ist dafür ein Altschuldentilgungsfonds die beste Lösung. Hier sehen
1124 wir den Bund in der Pflicht, entsprechende Mittel bereitzustellen – z.B. durch
1125 Verlängerung oder Neuauflage eines zweckgebundenen, befristeten
1126 Solidaritätszuschlages.

1127 **Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen für die Integration**

1128 Die humanitäre Aufgabe der Aufnahme von Geflüchteten, einschließlich der dafür
1129 notwendigen Integrationsarbeit, erfordert eine finanzielle
1130 Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen. Wir werden uns dafür
1131 einsetzen, dass für die Integration der Geflüchteten ausreichend Mittel zur
1132 Verfügung stehen. Wer heute nicht in Integration investiert, ist für hohe soziale
1133 Folgekosten verantwortlich.

1134 **Mehr Personal für Bildung und öffentliche Sicherheit**

1135 Grundlage der Konsolidierungspolitik des Landes ist der im Jahr 2010 beschlossene
1136 Personalabbaupfad. In dieser Legislaturperiode haben wir in etwa so viele Stellen
1137 auf- wie abgebaut, um den Bedarf in Schulen, bei Polizei und Justiz sowie der
1138 Versorgung von Flüchtlingen zu bewältigen. Für die nächste Legislaturperiode ist es
1139 unser Ziel, eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung in den Schulen sicher zu
1140 stellen, die Kitakosten weiter zu reduzieren, mehr Polizisten einzustellen und auch
1141 den Bereich der öffentlichen Sicherheit zu stärken.

1142 **Haushaltsüberschüsse für Tilgung und Infrastruktur**

1143 Wir werden weiterhin Haushaltsüberschüsse nutzen, um in unsere Infrastruktur zu
1144 investieren und Altschulden abzubauen. Eine 50:50-Aufteilung in Schuldenabbau und
1145 Investitionen ist für uns die Leitlinie.

1146 Wir werden die begonnene Sanierung unserer Infrastruktur fortsetzen. Das schlüssige
1147 Gesamtkonzept der Landesregierung, welches weit über die Legislaturperiode
1148 hinausgeht, ist eine gute Grundlage, um den Sanierungsstau des Landes planbar und
1149 verlässlich abzubauen. Es gilt, das Infrastruktursanierungsprogramm IMPULS zu
1150 nutzen, um Krankenhäuser, Hochschulen und Straßen zu sanieren, Energiesparmaßnahmen
1151 in den landeseigenen Liegenschaften umzusetzen und unser Land auf das neue digitale
1152 Zeitalter vorzubereiten.

1153 **Fair mit unseren Kommunen umgehen**

1154 Wir werden unsere Kommunen fair behandeln. Bei neuen Herausforderungen sind
1155 gemeinsam und dialogorientiert Lösungen zu suchen. Ob U3-Betreuung (Kinder unter
1156 drei Jahren), Schulsozialarbeit, Stärkung kommunaler Infrastruktur, kommunaler
1157 Finanzausgleich oder Grunderwerbssteuer: Mit unseren Beschlüssen haben wir
1158 kommunale Finanzen und Daseinsvorsorge gestärkt und gerechter gemacht.

1159 **Schwere Erblast HSH Nordbank**

1160 Wir werden die Entscheidung der Europäischen Kommission, die HSH Nordbank 2018 zu
1161 verkaufen bzw. abzuwickeln, konsequent umsetzen. Damit wird der Schlusstrich
1162 gezogen. Es ist schwer erträglich, dass die Steuerzahler*innen in den nächsten
1163 Jahren für die Fehler der Bank aufkommen müssen.

1164 **Versorgungsfonds für Beamtenpensionen aufbauen**

1165 Schleswig-Holstein hat neben rund 27 Milliarden Euro Schulden noch
1166 Pensionsverpflichtungen in Höhe von rund 30 Milliarden Euro. Daher ist es
1167 notwendig, Vorsorge zu treffen. Wir werden den von der Küstenkoalition
1168 eingeführten, aktuell umzusetzenden Versorgungsfonds für die Beamtenvorsorge
1169 aufbauen und nachhaltig ausgestalten.

1170 **Divestment – keine Investition in fossile Energien**

1171 In der vergangenen Legislatur hat sich die Landesregierung auf den Weg gemacht, bei
1172 der Anlage von Geld eine Divestment-Strategie (das Gegenteil einer Investition) zu
1173 verfolgen. Es werden keine Gelder mehr in Anlagen fossiler Energien angelegt. Diese
1174 Strategie werden wir für den neuen Versorgungsfonds des Landes beibehalten. Alle
1175 Geldanlagen müssen fest definierten sozialen und ökologischen Kriterien genügen und
1176 einer guten Unternehmensführung entsprechen. Auch bei Beteiligungen und Stiftungen
1177 muss das Land seinen Einfluss entsprechend geltend machen.

1178 **Haushaltsklarheit und Transparenz muss sein**

1179 Wir GRÜNE setzen uns für Transparenz im Landeshaushalt ein. Der Haushalt soll für
1180 alle nachvollziehbar sein und Risiken wie Investitionsanforderungen so gut wie
1181 möglich abbilden. Dazu haben wir mit bedienungsfreundlichen, lesbaren
1182 Textdokumenten im Internet oder auch mit unserem Infrastrukturbericht erste
1183 Schritte in Form und Inhalt unternommen. Mittelfristig sollen alle Haushaltsdaten
1184 als offene, maschinenlesbare Daten zur Verfügung stehen.

1185 Darüber hinaus wollen wir prüfen, wie mit einer Umstellung auf doppelte
1186 Haushaltsführung (doppelte Buchführung, ermöglicht Gewinn- und Verlustrechnung)
1187 ohne hohe Umstellungskosten mehr Haushaltsklarheit und Ehrlichkeit gelingen kann.

1188 Ziel ist es, direkt im Haushalt Investitionsanforderungen, Pensionslasten oder
1189 Verschleiß transparent aufzuzeigen.

1190 **ÖPP – aber nur in engen Grenzen**

1191 Jede ÖPP-Maßnahme (Öffentlich-Private-Partnerschaft, Zusammenarbeit zwischen
1192 öffentlicher Hand und privaten Unternehmen) muss auf ihre Folgekosten überprüft und
1193 die Kosten müssen in die Finanzplanung aufgenommen werden. In der Finanzplanung ist
1194 die finanzielle Verpflichtung aller ÖPP-Projekte transparent darzustellen und zu
1195 prüfen, ob ÖPP die mittel- wie langfristig beste und kostengünstigste Variante ist.
1196 Unser Ziel ist es, die Menge an ÖPP-Projekten möglichst gering zu halten. In der
1197 Landesverfassung soll verankert werden, dass die Gesamtverpflichtung aus ÖPP-
1198 Projekten nicht höher sein darf als zehn Prozent der jeweiligen Gesamtausgaben im
1199 Landeshaushalt. Voraussetzung für diese Maßnahmen ist eine wirksame
1200 parlamentarische Kontrolle und eine transparente öffentliche Darstellung. Diese
1201 beinhaltet die Zustimmung des Parlaments in der Sache und bei gravierenden
1202 Änderungen.

1203 **Finanzen@Digitales**

1204 Wir wollen den Einsatz von Finanzmitteln zukünftig stärker an der Herausforderung
1205 der Digitalisierung orientieren. Dies betrifft sowohl die Landesverwaltung, als
1206 auch die Bewilligung von Förderprojekten. Unser Vorhaben: das Antragsverfahren so
1207 zu gestalten, dass die Digitalisierung zu Effizienzeffekten und Entbürokratisierung
1208 führt. Davon profitieren auch die Wirtschaft und die Fördergeldempfänger des
1209 Landes. Entsprechend den Transparenzbestrebungen für das Verwaltungshandeln wird
1210 auch das Finanzhandeln des Landes transparent gemacht. Bürger*innen sollen sich
1211 jederzeit im Internet über Finanztransaktionen, Gehälter von Führungskräften des
1212 Landes etc. informieren können.

1213 **Auf den Punkt**

- 1214 • *Wir werden* die Schuldenbremse einhalten und die Haushaltskonsolidierung
1215 fortsetzen,
- 1216 • vorrangig in Bildung und Klimaschutz investieren,
- 1217 • ausreichend Personal für Schule, Justiz und Polizei beschäftigen,
- 1218 • die Kommunen fair behandeln,
- 1219 • Haushaltsmittel nachhaltig anlegen (Divestment-Strategie),
- 1220 • die Digitalisierung in der Finanzverwaltung weiter ausbauen.